ZEITSCHRIFT DER GEW BERLIN
62.(77.) JAHRGANG
JUNI 2009

blz

Ausbilden für die Schule

SCHULE
Mythos Gymnasium

KITA & HORT
Demo vor dem Roten Rathaus

EXTRA
Eine Schule für alle

INHALT

Leute | Standpunkt | Kurz und bündig | Aktuell | ... 3-5

TITEL

LehrerInnenbildung ... 6
Bildungsstandards *Michael Martin* ... 7
Verkürztes Referendariat *Matthias Jähne* ... 9
Inklusive Bildung braucht wirksame LehrerInnenbildung *Irene Demmer-Diekmann, Christian-Peter Schultz* ... 10
Wartesaal zum Referendariat *Matthias Jähne* ... 11

SCHULE

Deutschlands schlechteste Schule *Christian Füller* ... 13
Gemeinsam bleibt besser *Norbert Böhnke* ... 15

KITA & HORT

Herr Wowereit, wir kommen *Christiane Weißhoff* ... 16

EXTRA

Eine andere Schule ist möglich *Susanne Thurn* ... 17

GLOSSE

Tucholsky und das Gymnasium *Thomas Isensee* ... 21

RECHT & TARIF

Kurzmeldungen ... 22

GEWERKSCHAFT

Gewerkschaftstag *Sigrid Baumgardt* ... 24
Bildungsstreik *Ilke Glockentöger* ... 26
Jung und Alt gehören zusammen *Lieselotte Claußnitzer* ... 27
Mete-Ekşi-Preis *Norbert Gundacker* ... 28
Nachruf Irmtraud Schlosser *M. Jähne* ... 28
Filmankündigung: Mullewapp *Kultur AG* ... 29

BÜCHER

Ich bin voller Hass *Klaus Will* ... 30
Schwarzbuch Deutschland *Klaus Will* ... 30

SERVICE

Theater und Schule | Fortbildung | Materialien ... 31

6 TITEL LehrerInnenbildung: Zwei Schritte vorwärts, eineinhalb zurück – so stellt sich die Lage bei der Ausbildung der Lehrkräfte dar. Wie die aussehen soll, darüber sind sich noch nicht einmal die Fachwissenschaftler einig. Berlin geht derweil mit der Einführung des einjährigen Referendariats schon mal einen Schritt zurück.

17 GEMEINSCHAFTSSCHULE Eine andere Schule ist möglich, weiß die Leiterin der Laborschule Bielefeld. Ihren auf einer Veranstaltung des Runden Tisch Gemeinschaftsschule gehaltenen Beitrag bringen wir als rosaroten Extra-Teil.

26 BILDUNGSSTREIK Die Junge GEW ruft auf zum Bildungsstreik in der Woche vom 15. bis 19. Juni: Statt das Geld in eine Bad Bank zu stecken, sollte man endlich in die Bildung investieren.

TITEL: IMAGO/EMIL UMDORF, FOTO OBEN: IMAGO/IMAGEBROKER, MICHAEL WEBER, FOTO MITTE: VEIT METTE, FOTO UNTEN: PLAKAT BILDUNGSSTREIK

IMPRESSUM

Die blz ist die **Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).
Redaktion: Sigrid Baumgardt (verantwortlich), Klaus Will (Koordinierung und Schlussredaktion), Richarda Zeh, Andreas Kraft, Bettina Liedtke, Ralf Schiweck, Folker Schmidt, Christiane Thöne
Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax -49, E-Mail blz@gew-berlin.de
Anzeigen und Verlag: GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion.
Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 11 vom 1. Juni 2009
Satz, Layout und Konzept: bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler
Prinzessinnenstr. 30, 10969 Berlin, Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de
Druck: Bloch & Co, Prinzessinnenstr. 26, 10969 Berlin
ISSN 0944-3207 6/2009: 22.000

LEUTE

Helmut Stange wird Anfang Juli 75 Jahre alt. Helmut gehört zum Urgestein der GEW BERLIN und war lange Jahre ihr gestrenger Schatzmeister. In den Zeiten der Spaltung war er Vorsitzender der neu gegründeten GEW im DGB. Zuletzt vor allem im Hauptpersonalrat aktiv, ist er 1997 in den Ruhestand gegangen. Die Reisen mit seiner Motor-Yacht und die Briefmarkensammlung halten ihn seitdem fit. Lieber Helmut, herzlichen Glückwunsch!

Knut Bialecki feiert diesen Monat seinen 65. Geburtstag. Wir gratulieren. Ein bisschen weise ist Knut doch geworden und nimmt zugleich seinen Dienstabschied, bevor ein weiteres Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet wird. Vorwurf: Altersstarrsinn. Mit Verfahren verschiedenster Art kennt sich der Schulleiter des Droste-Gymnasiums in Zehlendorf aus. Als Personalratsvorsitzender führte er die Beschäftigten fast unbeschadet durch die vielen Kampfaktionen in den 80/90-iger Jahren. Kaum jemand wurde auf seinem Weg zum Schulleiter in so vielen zusätzlichen Verfahren durchleuchtet wie Knut. Auch vor der eigenen Haustür ließ er sich in Parkplatzfragen nichts gefallen. Die GEW-Gemeinde wünscht Knut Bialecki viel Sonnen-Sommerfreude auf seinem Zweitdomizil in Fürstenberg.

Marliese Seiler-Beck, Leiterin des Schulreferats der GEW BERLIN (Referat B), ist aus gesundheitlichen Gründen von ihrem Amt zurückgetreten. Ihre Tätigkeiten für die GEW BERLIN zum Beispiel für den Runden Tisch Gemeinschaftsschule und die Fachgruppe Realschulen und für die Bundes-GEW wird sie dennoch weiterverfolgen. Wir wünschen ihr, dass dieser Schritt ihrer Gesundung dient.

Cüneyt Ildeniz hat seine Staatsexamensarbeit an der TU Berlin zum Thema »Der Weg in die berufliche Selbstständigkeit dargestellt am Beispiel einer Fallstudie zur Gründung eines gastronomischen Kleinbetriebes« geschrieben. Der Kleinbetrieb, das ist die Currywurstbude, die Ildeniz im Mai 2008 vor dem U-Bahnhof Olympiastadion aufgemacht hat und die nur an den Spieltagen der Hertha geöffnet ist. Der Lehramtsstudent mit den Fächern Arbeitslehre und Sozialkunde absolviert inzwischen in Berlin sein Referendariat.

FOTO: PRIVAT

Keine Klasse über 24

Die Frequenzvorgaben für die Schulanfangsphase der Berliner Schulen sind nicht akzeptabel

von Inge Hirschmann, Vorsitzende des Grundschulverbandes Berlin

Mit dem Frühling tauchen sie regelmäßig wieder in den Schulen auf: die neuen Verwaltungsvorschriften für die Zumessung von Lehrkräften an öffentlichen Schulen. Sie geben alljährlich vor, auf welche personellen Ressourcen die einzelne Schule im kommenden Schuljahr ein Anrecht hat und sind so Grundlage der Stundenplangestaltung. Gleichzeitig verteilen die Schulträger die Schulanfänger auf die Grundschulen, die neuen Siebtklässler auf die diversen Oberschulen. Im Benehmen mit der zuständigen Schulaufsicht werden die Aufnahmekapazitäten festgelegt und in der Regel werden dann die Kinder ohne Mitspracherecht der Schulleiter und Schulleiterinnen – oft auch ohne ausreichende Sachkenntnis oder Berücksichtigung der pädagogisch-räumlichen Voraussetzungen in den Schulgebäuden – den Einzelschulen zugewiesen oder auch zwischen den Schulen hin und her geschoben. Wünsche von Eltern bleiben nicht selten dabei auf der Strecke.

Besonders ärgerlich sind für die Berliner Grundschulen auch in diesem Jahr wieder die Frequenzvorgaben für die Schulanfangsphase: »Jede Lerngruppe in der Schulanfangsphase besteht grundsätzlich aus 24-28 Schülerinnen und Schülern, davon höchstens zwei mit festgestelltem sonderpädagogischem Förderbedarf.«

Natürlich bleibt es den Schulträgern im Einvernehmen mit der zuständigen Schulaufsicht überlassen, von der Regelung nach unten abzuweichen, wenn dies denn durch die »räumlichen und pädagogischen Notwendigkeiten geboten ist«. Aber meist erfolgt das nicht!

Der Grundschulverband lehnt grundsätzlich Lerngruppen in der Schulanfangsphase mit mehr als 20 bis allerhöchstens 24 Kindern ab. Sind die Lerngruppen größer, können die Pädagogen in den Schulen dem Recht der Schulanfänger auf gute Bildung, auf individuelle Förderung von Anfang an nicht mehr gerecht werden. Tausendfach proklamiert: »Auf den Anfang kommt es an!« Deshalb unsere Forderung: Das Einrichten von jahrgangsgemischten Lerngruppen in der Schulanfangsphase mit mehr als 24 Kindern muss ausdrücklich verboten werden!

Wenn denn die zuständige Senatsverwaltung schon erkannt hat, dass erfolgreiches Lehren und Lernen in der Tat auch davon abhängen kann, wie eine Lerngruppe sich zusammensetzt und vor allem unter welchen räumlichen Bedingungen die Kinder ganztägig lernen und ihren Schultag verbringen, dann muss sie auch daraus Konsequenzen für ihr Handeln ziehen. Die Chancengerechtigkeit für Kinder mit Migrationshintergrund, für Kinder aus prekären Lebensverhältnissen oder auch für Kinder mit Behinderungen erhöht sich noch nicht, wenn Frequenzabsprachen einvernehmlich zwischen den Schulämtern und in den Schulaufsichtspersonen in den Regionen getätigt werden. Kinder in benachteiligenden Lebenswelten brauchen in ganz Berlin kleine Schulanfangslerngruppen.

Die Sozialdaten für die jeweiligen Einschulungsbereiche sind hinreichend bekannt. Mit eindeutigen Vorgaben muss den Berliner Schulämtern ein für die Schulen verlässlicher Handlungsrahmen verbindlich vorgegeben werden. Als Gründe, die Frequenzen verbindlich auf unter 24 abzusenken, sollten gelten: Ein fehlender zusätzlicher Teilungsraum pro Lerngruppe und Klassenräume mit weniger als 65 Quadratmeter; mehr als 40 Prozent Schulanfänger nichtdeutscher Herkunft und/oder von Kindern aus Familien, die von der Zuzahlung der Lernmittel befreit sind.

Der Berliner Friedenslauf ist ein Projekt des Forum Ziviler Friedensdienst e.V. Am 3. Juli 2009 findet er zum vierten Mal statt: Um 11 Uhr fällt am Brandenburger Tor der Startschuss. Die Idee: Die laufenden SchülerInnen suchen sich Sponsoren, die für jede gedrehte Runde Geld spenden. In diesem Jahr fließen die Spendengelder in Projekte im ehemaligen Jugoslawien. In Mazedonien ermöglicht das forumZFD beispielsweise Begegnungen zwischen der mazedonischen Bevölkerung und der albanischen Minderheit. Dort findet seit 2008 ein gemeinsamer Friedenslauf statt. Weitere Infos unter www.berlin@run4peace.eu

FOTO: FRIEDENSLAUF 2008.

Statt 417 nur 135 Stellen für junge Lehrkräfte für Berlin

Angeblich 417 neue Lehrkräfte will Bildungssenator Zöllner zum neuen Schuljahr einstellen. Schaut man aber genau hin, sind es tatsächlich nur 135 richtige Neueinstellungen. Zunächst einmal ist es unredlich, die 135 Einstellungen zum Schulhalbjahr ein zweites Mal als Erfolg zu verkaufen, denn diese waren zur Abdeckung des unabweisbaren Bedarfs im laufenden Schuljahr nötig. Verbleiben nur noch 282 Neueinstellungen. Davon sind 115 Stellen reserviert für Übernahmen aus Brandenburg und für Bewerber auf Funktionsstellen aus anderen Bundesländern sowie für schulbezogene Ausschreibungen der Europaschulen. Für Absolventen des Referendariats stehen damit lediglich 135 Stellen zur Verfügung. Eine »eindrucksvolle Zahl an jungen Lehrerkollegen« (Zöllner) für die Berliner Schule ist das wohl kaum. Eindrucksvoll ist allenfalls die Trickserei des Senators.

Dramatische Wirtschaftssituation in Deutschland

Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik stellte Ende April in ihrem jährlichen Memorandum eine »dramatische Situation« in Deutschland fest. Der hausgemachte konjunkturelle Abschwung werde durch die Finanzkrise noch verschärft: »Nur mit einer expansiven Wirtschaftpolitik und durch eine stark wachsende Binnennachfrage, die sich aus höheren Löhnen und Masseneinkommen speisen muss, können die Krise und ihre Folgen in Form von Arbeitslosigkeit, Armut und prekärer Beschäftigung effektiv bekämpft werden«, erklären die alternativen Wissenschaftler. Eine Kurzfassung der Studie ist unter www.memo.uni-bremen.de verfügbar. Die gesamte Studie umfasst 266 Seiten und ist als Taschenbuch für 17,90 erhältlich.

Schwule Lehrer der GEW wurden ausgezeichnet

Die AG Schwule Lehrer in der GEW BERLIN ist am 6. Mai 2009 vom Bündnis für Demokratie und Toleranz ausgezeichnet worden. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, überreichte im Roten Rathaus den Kollegen für ihr »ideenreiches und wirklungsvolles Beispiel zivilen Engagements« einen Preis in Höhe von 1.000 Euro. Das von den Bundesministerien des Innern und der Justiz im Jahr 2000 gegründete bundesweite »Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt« wählt jedes Jahr Initiativen und Projekte für vorbildliches, nachahmenswertes zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und Toleranz als Preisträger aus.

Ein demotivierendes Signal des Bildungssenators

Im April ist der Entwurf der Zumessungsrichtlinien für das Schuljahr 2009/2010 veröffentlicht worden. Eine erste Übersicht ergibt, dass sich kaum etwas geändert hat. Dies sei ein »demotivierendes Signal an die KollegInnen«, erklärte die Vorsitzende der GEW BERLIN, Rose-Marie Seggelke, gegenüber der Presse: »Nach den vielen pädagogischen Reformen der letzten Jahre soll im Jahr 2010 eine große Schulstrukturreform auf den Weg gebracht werden. Nichts davon hat Eingang in die Zumessungsrichtlinien gefunden. Die Berliner Lehrkräfte sollen offensichtlich alle zusätzlichen Anforderungen mit den jetzt schon zu knapp bemessenen Ressourcen bewältigen.« Senator Zöllner habe sich in der Auseinandersetzung mit dem Finanzsenator ein weiteres Mal nicht durchsetzen können, bemängelte Rose-Marie Seggelke. (Tabellarische Übersicht der Änderungen unter www.gew-berlin.de)

Es hätte schlimmer kommen können

Absicherung der Schulstrukturreform beschlossen

von Rose-Marie Seggelke, Vorsitzende der GEW BERLIN

Im zweiten Anlauf haben die Berliner Regierungsfraktionen am 12. Mai 2009 beschlossen, wie die geplante Schulstrukturreform in der Stadt finanziell und personell abgesichert werden soll. Das Ergebnis hätte schlechter ausfallen können. Wir sind erst einmal ganz zufrieden, dass die Zumessungsfrequenz in den Sekundarschulen bei 25 SchülerInnen liegen wird. Noch im Februar hatte der Senatsvertreter Siegfried Arnz in einer GEW-Veranstaltung öffentlich erklärt, dass eine Absenkung der Zumessungsfrequenz auf 27 nicht finanzierbar sei. Hier hat unsere Beharrlichkeit dazu geführt, dass sich zunächst die Linke und dann auch die SPD-Fraktion unserer Forderung nach einer deutlichen Absenkung angeschlossen haben. Die geforderte Zumessungsfrequenz von 24 haben wir zwar nicht durchsetzen können, aber es hätte ohne unsere guten Argumente wesentlich schlimmer kommen können.

Als Erfolg für die GEW BERLIN verbuchen wir auch, dass die Pflichtstundenzahl für Lehrkräfte einheitlich auf 26 festgelegt worden ist. Das bedeutet seit Jahren erstmals wenigstens für die Haupt- und Realschullehrkräfte eine Absenkung ihrer Pflichtstunden. Bis auf die Grund- und Sonderschullehrkräfte gilt ab 2009/10 nun eine einheitliche Pflichtstundenzahl. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir werden weiter darum kämpfen müssen, dass den massiv gestiegenen Anforderungen mit einer Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung für alle Berliner Lehrkräfte begegnet wird.

Die strukturelle Förderung, das ist die Förderung von SchülerInnen mit nichtdeutscher Herkunftssprache oder mit Lernmittelbefreiung, soll nach dem Senatsbeschluss in den Sekundarschulen um mehr als das Doppelte verbessert werden. Das klingt gut, aber wir befürchten nach wie vor, dass hier Personal aus den Grundschulen abgezogen wird. Senator Zöllner hat in einem Gespräch mit der GEW BERLIN am 13. Mai erklärt, dass dieser Topf erhöht wird, wir werden das sehr aufmerksam verfolgen. Es kann nicht sein, dass die bessere Förderung an den Sekundarschulen zulasten der dringend erforderlichen Frühförderung an den Grundschulen geht.

Bei der Zumessung von allgemeinen Förder- und Teilungsstunden wird es nach dem Senatsbeschluss lediglich für die RealschülerInnen Verbesserungen geben. Insgesamt aber konstatieren wir, dass an den Sekundarschulen Lerngruppen mit einer Frequenz von deutlich unter 25 eingerichtet werden können. Das kann hoffentlich die Akzeptanz bei SchülerInnen, Lehrkräften und Eltern für die Sekundarschule erhöhen.

Ein Schritt in die richtige Richtung

Hier liegt der Knackpunkt: Die Schulstrukturreform in Berlin kann nur gelingen, wenn das pädagogische Personal vor Ort motiviert wird, sie auch umzusetzen. Zurzeit überwiegt die Reformmüdigkeit unter den PädagogInnen. Viele wollen aufgrund ihrer Erfahrungen der vergangenen Reformen und Reförmchen nicht mehr mitziehen. Sie befürchten, dass ihnen ausschließlich Mehrbelastungen aufgebürdet werden, die sie nicht mehr verkraften können. Der Senator muss klarstellen, dass die Sekundarschule eine attraktive Schule für SchülerInnen und Lehrkräfte wird.

Dass ab dem Schuljahr 2009/10 ein umfangreiches Fortbildungsprogramm zum Umgang mit heterogenen Lerngruppen für die Sekundarschulen entwickelt wird, begrüßen wir ausdrücklich. Wie die PädagogInnen für die Teilnahme an diesen Fortbildungsveranstaltungen motiviert und entlastet werden, darüber muss man in der Beuthstraße noch intensiv nachdenken. Senator Zöllner hat zugesagt, am 30.Juni 2009 an einer Veranstaltung der GEW BERLIN zum Thema »Sekundarschule, eine attraktive Schule für SchülerInnen und PädagogInnen« teilzunehmen. Wir freuen uns auf euch am 30. Juni 2009 um 18 Uhr im OSZ Handel in der Kreuzberger Wrangelstraße.

GEW BERLIN SUCHT AUSZUBILDENDE/N

Die Geschäftsstelle der GEW BERLIN ist seit vielen Jahren Ausbildungsbetrieb für den Beruf »Kauffrau/mann für Bürokommunikation«. Zum nächsten Ausbildungsjahr suchen wir wieder einen jungen Menschen mit einem guten mittleren Schulabschluss, der kontaktfreudig ist und Spaß an sehr vielseitigen Ausbildungsanforderungen hat. Wer eine Schülerin/einen Schüler in einer 10. Klasse (oder höher) unterrichtet, die/der den Beruf Kauffrau/mann für Bürokommunikation erlernen möchte und weitere Informationen wünscht, kann sich direkt an Sabine Kube (030/21 99 93-24) oder Udo Jeschal (030/21 99 93-23) wenden. Ansonsten: Sprecht eure SchülerInnen gezielt auf diese Bewerbungsmöglichkeit an!

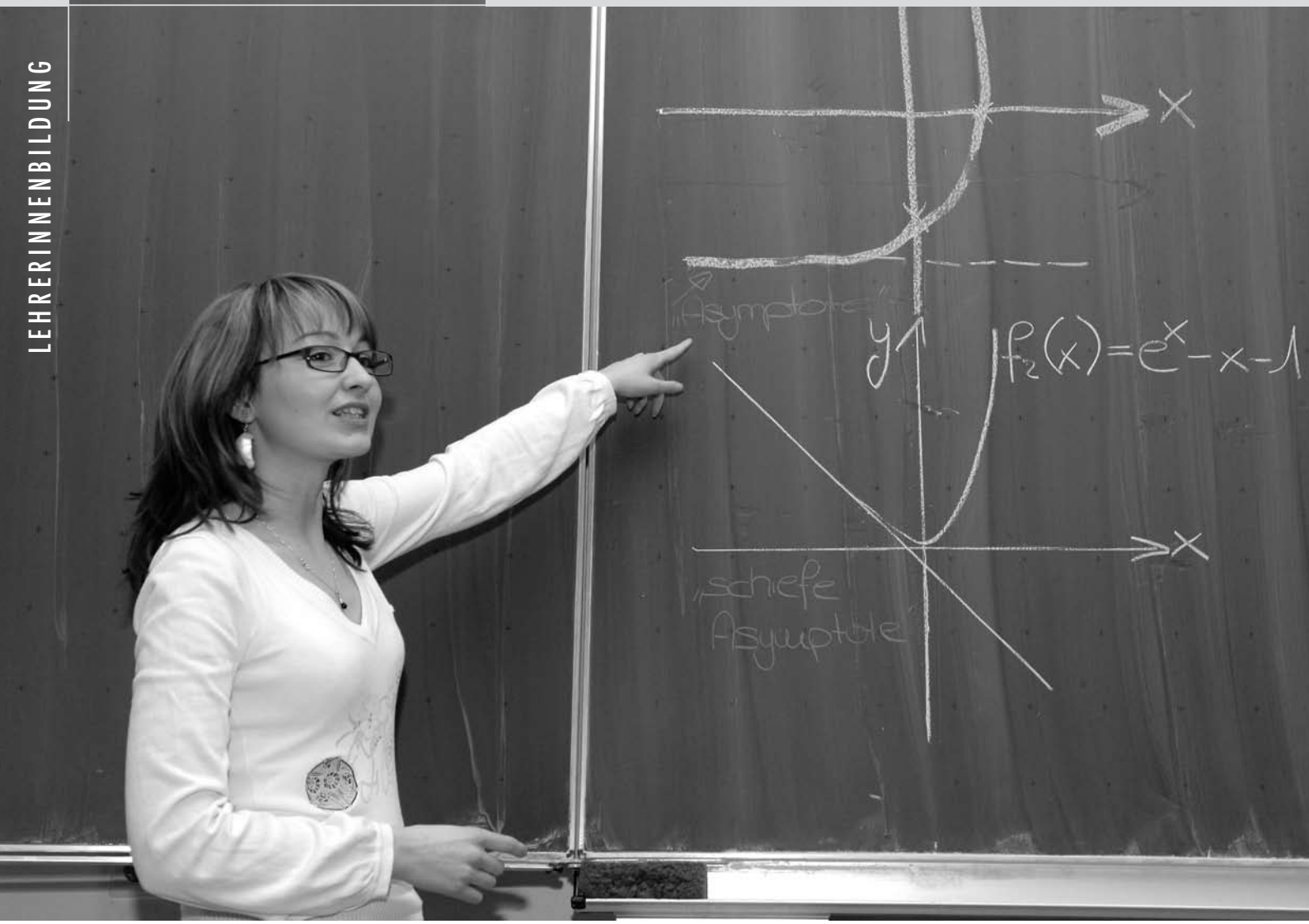
ÜBRIGENS

Samstag, 8.40 Uhr, Bahnhof Ostkreuz. Die Delegierten aus Südwest tröpfeln ein und mit Entsetzen stelle ich fest, dass unser Redaktionsmitglied Christiane Thöne schwer gehandikapt ist. Schulterbruch, rechts. Jetzt bleibt mir nur, dir gute Besserung zu wünschen, du Tapfere. Der Weg zu freier Beweglichkeit ist lang.

Sonntag, 26.4.2009, 19.10 Uhr, »Barfüsser«, Nürnberg, nicht nur das leibliche Wohl brennt uns auf der Seele, die Handys laufen heiß, alle wollen wissen, wie der Volksentscheid ausgegangen ist. 19.25 Uhr, endlich erreichen uns glaubhafte Nachrichten, dass wir in zweifacher Hinsicht gewonnen haben. Aufatmen bei den 33 Delegierten. Wie das die EthiklehrerInnen sehen, könnt ihr der kurzen Stellungnahme von Norbert Böhnke auf Seite 15 entnehmen.

Und der Gewerkschaftstag ist nicht das einzige Großereignis, von dem es zu berichten lohnt. Auch die Berliner Schulstruktur brennt uns unter den Nägeln. Dazu der nebenstehende Artikel, der nach Redaktionsschluss eingegangen ist. Sollte in euren Schulen schon etwas in Bewegung geraten sein, schreibt uns. Denn das Thema hat viele Ebenen: die landesweite Ansage, die regionale Ausgestaltung und die schulische Umsetzung. Im kommenden Heft werden wir uns diesem Thema widmen. *sigrid*

Redaktionsschluss: blz 9/2009: 29. Juni 2009



Ausbilden für die Schule

Die Reform der LehrerInnenbildung in Berlin geht nur mühsam voran

Eine Banalität: Es gibt nicht DAS Mittel zum Kurieren der vielen Defizite in unserem Schulsystem. Unbestritten ist, dass sich bei der Ausbildung von zukünftigen Lehrerinnen und Lehrern vieles ändern muss. Was hier während des Studiums versäumt wird, lässt sich im Schulalltag nur noch schwer nachholen. Und wenn sich die didaktischen und pädagogischen Anforderungen in der Schule verändern (nur einige Stichworte: Binnendifferenzierung, Inklusion, individuelle Förderung...), dann sind auch die KollegInnen mit jahrelanger Berufserfahrung neu gefordert.

Michael Martin verweist in seinem Artikel darauf, dass noch nicht einmal unter den Berufswissenschaftlern Einigkeit besteht, nach welchen Prinzipien und inhaltlichen Schwerpunkten das Lehramtsstudium ausgerichtet sein soll. Irene Demmer-Dieckmann und Christian-Peter Schultz verweisen auf die notwendige Fortbildung zum gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern. Und Matthias Jähne schließlich beschreibt den aktuellen Rückschritt durch das einjährige Referendariat.

Zwei Schritte vorwärts, eineinhalb zurück – so stellt sich die Lage dar. Nötig – und eigentlich einfach herzustellen, da Senator Zöllner für beide Bereiche zuständig ist – wäre eine engere Kooperation zwischen Hochschule und Schule, zwischen Fachwissenschaft und Schulpraxis, ein fortlaufender Dialog über die fachlichen und die pädagogisch-didaktischen Anteile des Studiums. In Bielefeld gibt es eine enge Kooperation zwischen der Universität und der Laborschule Bielefeld (der Name spricht Bände); verglichen damit ist Berlin reinste Provinz. So bleibt uns nur das weitere mühsame Bohren dicker Bretter.

Bildungsstandards in der LehrerInnenbildung

Ein Instrument zur Überwindung des föderalen Flickenteppichs bei der Ausbildung von Lehrkräften?

von Michael Martin, Referatsleiter LehrerInnenbildung der GEW BERLIN

Bildungsstandards und Kompetenzmodelle werden auch in der LehrerInnenbildung zunehmend diskutiert. So hat die Kultusministerkonferenz (KMK) und die Senatsverwaltung inzwischen mehrere Beschlüsse dazu vorgelegt (siehe Kasten auf S. 8), was auch auf den steigenden Legitimationsdruck und die anhaltende Effizienzkritik am Bildungswesen in Deutschland zurückzuführen ist.

Grundsätzlich stimme ich dem Anliegen der KMK zu, die mit ihren Beschlüssen auf eine Vereinheitlichung der LehrerInnenbildung zielen. Eine Standardsetzung innerhalb der unzähligen in den Bundesländern und sogar auf der Ebene einzelner Universitäten vorhandenen Varianten scheint zwar wie ein Versuch der Quadratur des Kreises, jedoch kann dies – unter den gegebenen Bedingungen – auch ein möglicher Ausweg aus dem föderalen Flickenteppich der Systeme sein. Zudem mangelt es an gesichertem Wissen zur Wirksamkeit der LehrerInnenbildung. Im Zusammenhang mit geeigneten Erhebungsinstrumenten könnten Standards die Möglichkeit zur Erschließung dieses Wissens liefern. Allerdings bin ich der Ansicht, dass wir schon recht gut wissen, welche Kompetenzen LehrerInnen besitzen sollten. Inwieweit die Kompetenzentwicklung unter den Bedingungen an den Universitäten und den Studienseminaren gelingen kann, ist die entscheidende Frage. Denn eine wichtige Rahmenbedingung für erfolgreiche Kompetenzentwicklung ist die personelle Ausstattung der lehrerInnenbildenden Einrichtungen, insbesondere der Fachdidaktiken, aber auch der beteiligten Fach- und Erziehungswissenschaften sowie der Studienseminare der zweiten Phase. Hier wären mit Sicherheit messbare Erfolge bei den angehenden LehrerInnen nachzuweisen, wenn man den Mut zur Investition in die (ausbildenden) Köpfe hätte.

Bildungsstandards sind auch in der GEW umstritten

Unter den Akteuren der LehrerInnenbildung, auch innerhalb der GEW, ist die Entwicklung von Bildungsstandards und Kompetenzmodellen jedoch nicht unumstritten. Auf einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaften Ende März 2009 an der Pädagogischen Hochschule in Heidelberg mit dem Titel »Bildungsstandards und Kompetenzmodelle – eine Verbesserung der Qualität von Schule, Unterricht und Lehrerbildung?« zeigte sich dies deutlich. Dort waren sowohl bei den Vortragenden als auch bei den ZuhörerInnen klar zwei Fraktionen zu erkennen:

Auf der einen Seite stehen die Befürworter von Bildungsstandards und Kompetenzmodellen, die insbesondere aus dem Umfeld des Berliner Instituts für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen – mit seinem Leiter Olaf Köller – stammten. Köller arbeitet unter anderem an der Entwicklung von Aufgabensammlungen zur Feststellung von Kompetenzen. Kompetenzmodelle definiert er als Hilfsmittel zur differenzierten Beschreibung von Kompetenzen und fordert die Fachdidaktik auf, explizite, nachvollziehbare und theoretisch fundierte Beschreibungen der Struktur und Entwicklung von Kompetenzen vorzunehmen. Kompetenztests sollen möglichst alle Aspekte einer Kompetenz abfragen, um verlässliche Aussagen treffen zu können.

FOTO: PRIVAT
Michael Martin

Die andere Fraktion, die nach meinem Eindruck bei dieser Tagung deutlich die Mehrheit bildete, ist eher kritisch eingestellt. Hier wird die (Möglichkeit der) Erhebung von Bildungsprozessen teilweise grundsätzlich in Frage gestellt. Aber auch differenzierte Kritik wurde laut: Die Standards führten zur inhaltlichen und methodischen Verengung durch »teaching on the test«.

FOTOS: IMAGO/IMAGEBROKER/MICHAEL WEBER

Standards seien Instrumente der Bildungsverwaltung, die auf einem technokratischen Verständnis basieren: Sie wären nicht für die Ausbildung leitend, sondern dienten lediglich für Tests und Prüfungen im Sinne eines Ist-Soll-Vergleichs. Zweck sei letztlich nur das Bestehen der Tests und nicht die Entwicklung von Kompetenzen. Kompetenzen sollten jedoch Stufen des Lernens beschreiben und daher (auch) prozess- und nicht (nur) outputorientiert formuliert sein. Weiterhin wird bezweifelt, dass Kompetenztests hinreichend ihren Gegenstand erfassen, sie könnten allenfalls einen Ausschnitt von Kompetenz beschreiben.

Alle Bemühungen müssen auf Qualitätsentwicklung und nicht lediglich auf Bildungsmonitoring zielen: »From Standards to Success for all Students«.

Die Kritiker haben zweifellos in vielen Punkten recht. Allerdings meine ich, dass Standards und Kompetenzmodelle auch zu einer verbindlicheren und damit vergleichbaren LehrerInnenausbildung beitragen und wichtige Erkenntnisse zur Professionsforschung liefern können. Vorausgesetzt natürlich, alle Bemühungen zielen auf Qualitätsentwicklung und nicht lediglich auf Bildungsmonitoring. Beispielgebend könnte der auf der Tagung in Heidelberg von Professor Townsend aus Florida formulierte Leitsatz sein: »From Standards to Success for all Students«.

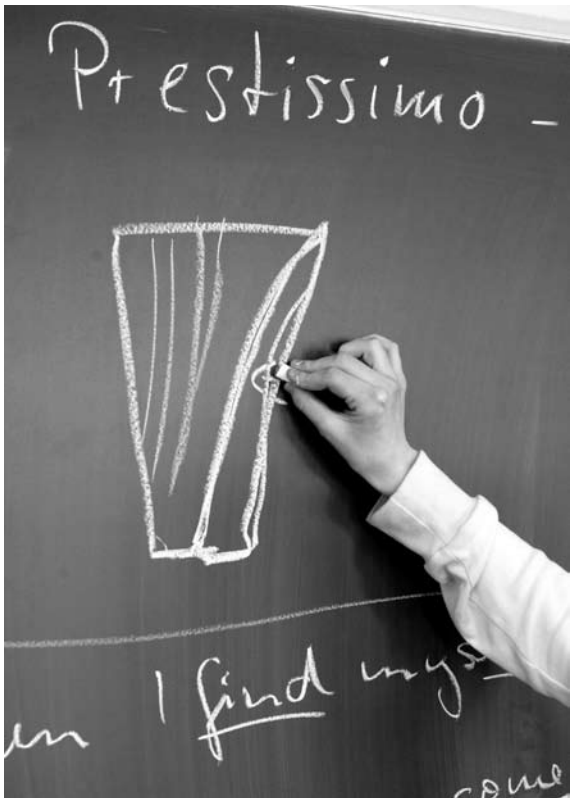


FOTO: IMAGO/BIKY

BESCHLÜSSE UND VERÖFFENTLICHUNGEN FÜR DIE ERSTE UND ZWEITE PHASE DER LEHRERINNENBILDUNG

- Die KMK hat am 16. Dezember 2004 »Standards für die Lehrerbildung« für die Bildungswissenschaften beschlossen. Diese Standards beziehen sich auf (angestrebte) Kompetenzen im Sinne von Fähigkeiten, Fertigkeiten und Einstellungen, aus denen sich Anforderungen für die Ausbildung von LehrerInnen ergeben. In einem Katalog werden vier Kompetenzbereiche (Unterrichten, Erziehen, Beurteilen, Innovieren) unterschieden, innerhalb der Kompetenzbereiche einzelne Kompetenzen beschrieben und diesen Kompetenzen schließlich Standards sowohl für die erste als auch für die zweite Phase zugeordnet.

- Am 17. Juni 2008 wurden »Ländergemeinsame inhaltliche Anforderungen für die Fachwissenschaften und Fachdidaktiken in der Lehrerinnen- und Lehrerbildung« vorgelegt. Damit wird der KMK-Beschluss vom 2. Juni 2005 umgesetzt, in dem die bundesweite Vergleichbarkeit der LehrerInnenausbildung und die gegenseitige Anerkennungsfähigkeit von Studienabschlüssen zwischen den Bundesländern im Mittelpunkt standen. Die fachbezogenen Kompetenzen von LehrerInnen werden dabei in drei Bereiche eingeteilt: 1. »Über anschlussfähiges Fachwissen verfügen«, 2. »Über Erkenntnis- und Arbeitsmethoden der Fächer verfügen« und 3. »Über anschlussfähiges fachdidaktisches Wissen verfügen«. Fachspezifische Kompetenzprofile und Studieninhalte für die allgemeinbildenden Fächer mit ihren Fachdidaktiken sind in Spiegelstrichen angeführt, die Formulierung von Standards für die berufsbildenden Fächer steht noch aus.

- Im Dezember 2008 veröffentlichte die Senatsbildungsverwaltung Berlin das »Handbuch Vorbereitungsdienst«, in dem Kompetenzbeschreibungen vorgenommen und verbindliche Bildungsstandards gesetzt wurden. Mittels eines Qualifikationsrahmens mit Indikatoren werden sowohl Standards für die schulpraktische Phase als auch für die universitäre LehrerInnenausbildung dargestellt. Die Kompetenzentwicklung soll auf der Grundlage der spezifischen Anforderungen der Domänen (der Fächer, der Lernbereiche) erfolgen. Niveaukonkretisierungen (Niveaustufen) ergänzen die (outputorientierten) Kompetenzbeschreibungen. Ein wichtiges Werkzeug zur Kompetenzentwicklung sollen kompetenzorientierte Unterrichtsentwürfe sein. Der Kompetenzzuwachs soll schließlich über Eingangs- und Ausgangsstandards messbar gemacht werden.

Verkürztes Referendariat

Mehr Stress und weniger Qualität für angehende Lehrkräfte

von Matthias Jähne, Hochschulreferent der GEW BERLIN

Im Februar 2009 haben die ersten 30 LehreranwärterInnen das auf ein Jahr verkürzte Referendariat in Berlin begonnen. Während alle mit dem Ersten Staatsexamen sowie weiter die angehenden StudienrätInnen zwei Jahre Referendariat absolvieren, steht den LehrerInnen für den gehobenen Dienst (L1, L2 und SonderpädagogInnen) nur noch ein Jahr zur Verfügung. Diese Zweiteilung muss schnellstens wieder aufgehoben werden. Sie führt nicht nur organisatorisch zu großen Problemen, sondern hat zwangsläufig Einbußen in der Qualität der Ausbildung zur Folge.

Verdichtung auf allen Ebenen

Da der Gesamtumfang der Seminare (Haupt- und Fachseminare) auf je 90 Stunden halbiert wurde, müssen die Seminarzeiten von drei auf vier Stunden erhöht werden. Damit steigt die Belastung der ReferendarInnen, aber auch der FachseminarleiterInnen. Real steht den einjährigen ReferendarInnen noch deutlich weniger als ein Jahr Ausbildungszeit zur Verfügung.

Das liegt einerseits an den Ferienzeiten, anderseits am Festhalten an den bisherigen Beurteilungs- und Prüfungsmodalitäten. Sämtliche Lehrproben (insgesamt sind es mindestens acht) müssen bis zum siebten oder achten Monat der Ausbildung abgeschlossen sein, da dann bereits die Endbeurteilung vor Eintritt in die Prüfung erfolgt. Bereits ab dem fünften Monat der Ausbildung muss zudem die schriftliche Prüfungsarbeit begonnen werden. Letztlich steht damit für die eigentliche schulpraktische Ausbildung nur ein reichliches halbes Jahr zur Verfügung. Es wird zudem noch schwieriger, die Termine für Unterrichtsbesuche mit den SeminarleiterInnen abzustimmen. Das ist aufgrund der unzureichenden Ermäßigung, die FachseminarleiterInnen von ihrer eigenen Unterrichtsverpflichtung gewährt wird, schon bisher ein Dauerproblem. Nach wie vor erhalten die sog. anleitenden LehrerInnen (»MentorInnen«) in den Schulen überhaupt keine Ermäßigungsstunden für die Betreuung der ReferendarInnen. Gerade das wäre aber wichtig, um nicht nur im verkürzten Referendariat endlich eine bessere und kontinuierliche Ausbildung in den Schulen zu gewährleisten,

Besonders kontraproduktiv wirkt sich aus, dass es nach wie vor die klassische schriftliche Prüfungsarbeit gibt. Deren Bearbeitungszeit ist im einjährigen Referendariat von fünf Monaten auf sechs Wochen gekürzt worden. Die Anforderungen sind aber mit insgesamt 30 Seiten (im zweijährigen Referendariat 50 Seiten) nahezu unverändert geblieben. Das ist nur leistbar, wenn die inhaltlichen und qualitativen Anforderungen an diese Arbeit deutlich herunter geschraubt werden. Der pädagogische und wissenschaftliche Anspruch an eine solche Arbeit ist so nicht mehr zu erfüllen.

Die GEW hatte daher vorgeschlagen, stattdessen einen ausführlichen Unterrichtsentwurf für die letzte Lehrprobe als Prüfungsarbeit zu werten. Wie alle anderen Vorschläge der GEW BERLIN zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung ist auch dieser von der Senatsverwaltung ignoriert worden.

Völlig absurd wird es, wenn die Prüfung im ersten Anlauf nicht bestanden wird. Dann stehen für die Wiederholungsphase nur drei Monate und bei erneuter Anfertigung der schriftlichen Prüfungsarbeit nur sechs Monate zu Verfügung. Ein endgültiges Scheitern ist da fast programmiert.

Die Beratungsresistenz der Senatsbildungsverwaltung

Auch die SeminarleiterInnen haben die Senatsverwaltung wiederholt auf die Probleme hingewiesen. In der Zeitschrift »Lehrerausbildung und Schule« des Bundesarbeitskreises der Seminar- und FachleiterInnen e. V., Februar 2009 schreibt dazu der Leiter des 1. SPS Lichtenberg (L), Norbert Wimmer: »Selbstverständlich sind wir als Ausbilder bemüht, Lösungen für die vielen auftretenden Probleme zu finden. Aber selbst dem größten Optimisten müsste klar sein, dass es ohne Qualitätseinbußen nicht gehen wird.«

Es ist höchste Zeit, dass die Senatsverwaltung und die Politik in Berlin die Kritik an der Verkürzung und damit Zweiteilung der Referendariatsausbildung ernst nehmen. Nicht nur für die kürzere Masterphase (»Kleiner Master«), sondern auch für das »Referendariat light« gibt es keinen vernünftigen Grund. Die Lösung darf aber nicht in einem weiteren Herumdoktern an den Symptomen bestehen. Gerade angesichts des zunehmenden bundesweiten LehrerInnenmangels brauchen angehende LehrerInnen eine verlässliche Ausbildungsperspektive. Die Verkürzung muss zurück genommen werden.

FOTO: PRIVAT

Matthias Jähne

Inklusive Bildung braucht wirksame LehrerInnenbildung

Sonderpädagogik sollte als Zweitfach für alle Lehrämter eingeführt werden

von Irene Demmer-Dieckmann (TU Berlin) und Christian-Peter Schultz (HU Berlin)

FOTO: PRIVAT

Irene Demmer-Dieckmann

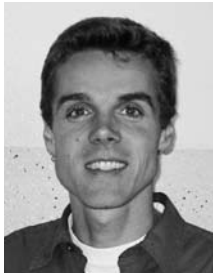


FOTO: PRIVAT

Christian-Peter Schultz

Das Manifest »Inklusive Bildung – Jetzt!«, von namhaften Institutionen, Vereinen und prominenten Personen getragen, fordert auf der Grundlage der am 26. März 2009 auch in Deutschland in Kraft getretenen UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung, dass alle Lehramtsstudiengänge an die Anforderungen inklusiver Bildung angepasst werden müssen.

Im Artikel 24 verpflichten sich die Vertragsstaaten auf ein »inclusive education system«: Alle Kinder, ob behindert oder nicht, werden in einer gemeinsamen Schule unterrichtet. Das deutsche Sonderschulsystem steht im klaren Widerspruch zur UN-Konvention. Bund, Länder und Gemeinden sind nun für die Umsetzung zuständig und auch für die Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer. Im Vergleich mit anderen Bundesländern steht Berlin mit seiner Integrationsquote von 40 Prozent und seinem Auftrag im Schulgesetz bereits ganz gut dar: Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf sollen »vorrangig gemeinsam« beschult werden. Mit der neuen Konvention muss Inklusion nun in allen Berliner Schulen selbstverständlich und der Haushaltsvorbehalt gestrichen werden.

Auf die Einstellung kommt es an

Auch Erfahrungen in der LehrerInnenbildung liegen vor, denn bereits 1999 wurde für alle Berliner Lehramtsstudierenden ein Pflichtseminar zum Gemeinsamen Unterricht (GU) festgeschrieben. An der Technischen Universität (TU) wurden in den letzten acht Semestern alle Studierenden dieser Seminare zu Beginn und am Ende anonym befragt. Die Ergebnisse von fast 500 Befragten belegen die Notwendigkeit solcher Seminare: Sechs von zehn Studierenden geben an, sich durch dieses Seminar zum ersten Mal mit GU und Behinderung beschäftigt zu haben. Wie sollen diese zukünftigen Lehrkräfte demnächst inklusiv unterrichten, wenn sie nicht darauf vorbereitet werden?

Im Unterschied zum Seminarbeginn haben am Ende fast alle Studierenden eine positive Haltung zum GU entwickelt. Dann können sie sich vorstellen, integrativ zu unterrichten und würden auch ihr eigenes nichtbehindertes oder behindertes Kind integrativ beschulen. Diese Einstellungsveränderungen durch nur ein Seminar belegen ihre Wirksamkeit.

Rückschritt hinter bereits erreichte Standards

Nachdem die bundesweit einmalige Innovation des GU-Scheins fast zur guten Tradition in der Berliner LehrerInnenbildung geworden wäre, hat vor vier Jahren bei der Umstellung auf Bachelor und Master lediglich die TU dieses Seminar beibehalten. Das bedeutet einen klaren Rückschritt hinter bereits erreichte Standards. Auf die Umsetzung der neuen UN-Konvention müssen aber nun alle Lehrämter gut vorbereitet werden. Auch alle Fachdidaktiken sind verstärkt aufgefordert, Kompetenzen im Bereich der Differenzierung und indivi-

FOTOS: ERNST HERB

duellen Förderung behinderter und benachteiligter Kinder zu vermitteln.

Nur ungefähr ein Drittel der Lehrkräfte in Sonderschulen, im GU noch etwas weniger, haben eine sonderpädagogische Ausbildung oder zertifizierte Weiterbildung. Daher sollte Sonderpädagogik auch als Zweitfach für alle Lehrämter eingeführt werden, wie es zurzeit nur für das Berufsschullehramt möglich ist, vor allem mit den am häufigsten benötigten Förderschwerpunkten Lernen und Verhalten. Der geringe Anteil sonder- und integrationspädagogisch qualifizierter Lehrkräfte macht ein entsprechendes Fort- und Weiterbildungsangebot dringend erforderlich. Auch durch die Verlagerung der Fortbildung vom LISUM auf die Bezirksebene wird der Bereich Integrationspädagogik nicht mehr gesichert.

Die Senatsbehörde steht in der Verantwortung, ein tragfähiges Konzept für die Lehrerfortbildung zu etablieren, damit die neue UN-Konvention und der bildungspolitische Auftrag »vorrangig gemeinsam« durch qualifizierte Lehrkräfte auch wirksam umgesetzt werden können.

Zum Weiterlesen: Das Heft12/2008 der blz beschäftigt sich ausführlich mit dem Thema: Gemeinsam leben – gemeinsam lernen. Die Studie von Irene Demmer-Dieckmann: »Aus Zwang wurde Interesse.« Eine Studie zur Wirksamkeit von Seminaren zum Gemeinsamen Unterricht in Berlin. In: Demmer-Dieckmann, Irene/Textor, Annette (Hrsg.): Integrationsforschung und Bildungspolitik im Dialog. Bad Heilbrunn 2007, S. 153-162.

Wartesaal zum Referendariat

Die Vergabe der Plätze muss nach transparenten Auswahlkriterien erfolgen

von Matthias Jähne, Hochschulreferent

Berlin hat das Referendariat immer wieder als Kürzungsmasse benutzt. Zuletzt wurden in den Jahren 2005 und 2006 insgesamt 400 Referendariatsplätze gestrichen. Das hatte zu einer erheblichen Verlängerung der Wartezeiten geführt. Nur durch den beharrlichen Protest der GEW BERLIN ist es gelungen, dass diese Kürzung im Jahr 2009 vollständig zurückgenommen wurde. Aktuell stehen damit wieder 1.900 Referendariatsplätze im Haushaltsplan des Landes Berlin zur Verfügung. Zu den zwei Einstellungsterminen im Jahr (Januar/Februar sowie August) können aber immer nur die Plätze neu besetzt werden, die vorher durch Abgänge frei werden. Im Februar 2009 waren das 500, im August 2009 werden es 400 sein. Zu jedem Einstellungstermin bewerben sich in Berlin aber im Schnitt 1.500 angehende LehrerInnen. Es reicht also nicht. Wartezeiten sind die Folge. Das betrifft besonders die Lehrämter L1 (LehrerIn mit einem Fach) sowie L 4 (StudienrätInnen für die allgemein bildende Schule). Vor allem in den beliebten Studienfächern, wie Deutsch, Geschichte, Sozialkunde, Erdkunde, Biologie, aber auch Englisch muss man schon eine Examens- oder Masternote im vorderen Einser-Bereich haben, um gleich einen Referendariatsplatz zu bekommen. Bei der letzten Einstellungsrunde Februar 2009 konnten am Ende insgesamt fast 500 Bewerbungen nicht berücksichtigt werden.

Keine Probleme haben bisher die LehrerInnen mit zwei Fächern sowie die StudienrätInnen für die berufsbildenden Schulen. Sie kommen in der Regel

sofort ins Referendariat, da die Zahl der Studierenden und damit BewerberInnen mit diesen Lehrämtern permanent niedrig ist.

300 zusätzliche Referendariatsplätze

Im Februar 2009 hat der Berliner Senat beschlossen, weitere 300 Referendariatsplätze bereitzustellen. Inzwischen steht fest, dass diese Stellen frühestens im Februar 2010, und nicht schon wie erhofft im August dieses Jahres zur Verfügung stehen werden. Das liegt vor allem daran, dass die Verwaltung erhebliche Mühe hat, die dafür notwendigen zusätzlichen FachseminarleiterInnen zu gewinnen. Das ist angesichts der zunehmenden Belastung der SeminarleiterInnen (auch durch das einjährige Referendariat) und der zu geringen Ermäßigung ihrer eigenen Unterrichtsverpflichtung auch nicht verwunderlich. Um diesen Job reißt sich niemand (mehr).

Problematisch: Auswahl nach Bedarf

Wieder einmal hat die Senatsverwaltung heimlich, still und leise eine wichtige Änderung bei der Vergabe der Referendariatsplätze vorgenommen. Versteckt im Gesetzespaket zur Reform der beamtenrechtlichen Vorschriften findet sich eine kleine, aber mit Zündstoff beladene Änderung in Paragraf 11 a Absatz 6 des Lehrerbildungsgesetzes. Bisher werden die freien Referendariatsplätze so aufgeteilt: Vorab werden bis zu 10 Prozent der freien Plätze nach sozialen Kriterien vergeben (Kind, Schwerbehinderung...). Die weiteren 90 Prozent der Plätze werden zu 65 Prozent nach Eignung (Note Erstes Staatsexamen bzw. Masterabschluss) und zu 35 Prozent nach Wartezeit vergeben.

Neu eingeführt wurde jetzt eine weitere Vorabquote in Höhe von bis zu 10 Prozent, und zwar für »BewerberInnen mit einem Studienabschluss in mindestens einem der studierten Fächer, in dem nach Feststellung der Senatsverwaltung ein dringender Bedarf besteht«. Die Absicht ist offenbar, angehende LehrerInnen in »Mangelfächern« schneller (als andere!) ins Referendariat aufzunehmen. Klingt gut? Das wirft aber zahlreiche Fragen und Probleme auf: Nach welchen objektiven Kriterien stellt die Senatsverwaltung fest, in welchen Fächer jeweils ein »dringender Bedarf« besteht? Der »Bedarf« an Lehrkräften ist letztlich eine Frage der Finanzierung und lässt sich kaum objektiv bestimmen. Problematisch ist die Regelung deshalb, weil auf das Referendariat als zwingender Teil der Ausbildung ein verfassungsrechtlicher Anspruch besteht (anders als bei der späteren Einstellung in den Schuldienst). Die Vergabe der Plätze und damit die Erfüllung des verfassungsrechtlichen Anspruches muss daher nachvollziehbaren, transparenten und nachprüfbaren Auswahlkriterien unterliegen. Dieser Auswahlprozess ist gerichtlich überprüfbar.

Man darf gespannt sein, ob und wie die Senatsverwaltung diesen Anforderungen bei der Vergabe der Referendariatsplätze genügen wird.

Aktuelle Infos und Tipps zum Referendariat in Berlin unter www.gew-berlin.de/referendariat

SEMINAR »EINFÜHRUNG INS REFERENDARIAT«

4. Juli 2009 von 10-18 Uhr im GEW-Haus, organisiert von der Jungen GEW Berlin
Darum geht's:

- Bewerbung, Zulassungschancen
- Ideen für die Überbrückung der Wartezeit
- Aufbau und Ablauf des Referendariats
- Arbeit als ReferendarIn in der Schule
- Überlebenstipps fürs Referendariat
- Einstellungschancen danach

Anmeldungen bitte unter
https://www.gew-berlin.de/18239.php

Junge Lehrkräfte demonstrierten am 14. Mai vor dem Sitz des Innensenators für eine einheitliche und auskömmliche Bezahlung der angestellten Lehrkräfte und für den Abschluss eines entsprechenden Tarifvertrages, der das Gehaltschaos in Berlin beendet: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

FOTO: CH. V. POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

Deutschlands schlechteste Schule: das Gymnasium

Eine Studie vergleicht, was Grundschulen und Gymnasien ihren SchülerInnen beibringen. Das Ergebnis ist eine Blamage für die Gymnasien: Sie bekommen die teuersten Lehrkräfte und die besten SchülerInnen – aber sie machen nichts draus

von Christian Füller, Redakteur der taz

Jürgen Baumert ist ein Meister der Untertreibung. Er hat noch nie viel Aufhebens darum gemacht, dass er einer der bedeutendsten Wissenschaftler der letzten zehn Jahre ist. Der Direktor des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung hat den Deutschen die bittere Pille der Pisa-Ergebnisse verabreicht. Er warnte stets vor voreiligen Schlüssen. Er gab den Kultusministern viel Zeit, sich in den Korrelationen und verdeckten Zusammenhängen von Pisa zurechtzufinden. Zugleich erfand Baumert aber Begriffe, die Maßstäbe setzten.

Und nun das. Baumert fällt ein Urteil – unverschlüsselt.

Der Pisaforscher schreibt in seiner neuesten Studie: »Generell ist fraglich, ob die Gymnasien die Förderung der Lesekompetenz als akademische Aufgabe aller Fächer bislang überhaupt entdeckt haben.« So klare Sätze sind in Baumerts Wortschatz ohnehin schwer zu finden. Dass er ein Verdikt über eine ganze Schulform formuliert, ist eine kleine Sensation. Der wichtigste deutsche Pisaforscher spricht damit ein Urteil über jene Schulform, die seit Pisa fast völlig aus der Debatte herausgehalten worden war, ja die vom Pisaschock profitiert hat: das Gymnasium.

Die Lieblingslernanstalt der Deutschen schien die beste Fluchtburg vor all den Risikoschülern und funktionalen Analphabeten. Dort lernen die Kinder noch was!, dachten viele. Nun kommt heraus: Die Gymnasien können's nicht. Sie bekommen das meiste Geld, die teuersten Lehrer, die besten Schüler – und machen nichts draus.

Beim Lesen sieht es mau aus

Baumert hat in der Studie, die der *taz* vorliegt und die in der *Zeitschrift für Erziehungswissenschaften* erscheint, die Leistung von Grundschulen und Gymnasien verglichen. Das Datenmaterial hat ihm freundlicherweise sein Kollege Rainer Lehmann überlassen. Es ist das beste Abbild sozialer Wirklichkeit, das man für den Vergleich von Primarschule und Penne bekommen kann – Zahlen über

FOTO: IMAGO/RAINER WEISFLOG

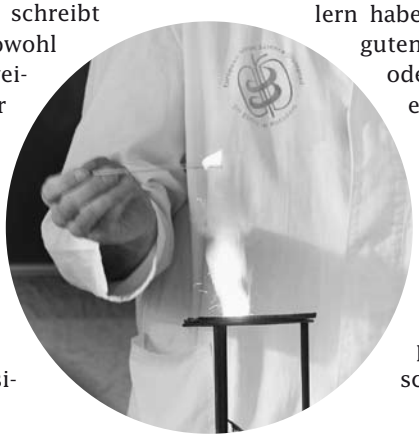
LERNFORTSCHRITTE GLEICH

Bislang war oft von Risikoschülern die Rede, nun fällt der Blick auf die Risikoschule: das Gymnasium. Jürgen Baumert, Direktor der Max-Planck-Gesellschaft, stellt fest, dass es den Gymnasien nicht gelingt, die besten Berliner Fünft- und Sechstklässler zu fördern. »Die Entwicklungskurven von Spitzenschülern verlaufen in der Grundschule und in der Unterstufe des grundständigen Gymnasiums parallel, nicht nur im Lesen, sondern [...] auch in der unterrichtsabhängigen Domäne Mathematik«, schreibt er in einer unveröffentlichten Studie, die der *taz* vorliegt.
Baumerts Auswertung ist eine sogenannte Reanalyse der »Element«-Studie, die das Lese- und Mathematikverständnis in Berlins Klassen 4 bis 6 untersuchte. Der Bildungsforscher Rainer Lehmann hatte darin behauptet, das Gymnasium sei der Grundschule bei der Förderung guter Schüler weit überlegen. Allerdings zeigten seine Tabellen, dass der Lernfortschritt der Fünft- und Sechstklässler in Berlins Grundschulen größer ist als im Gymnasium. Wegen der Widersprüche rechnete das Max-Planck-Institut die Daten nach. *(taz)*

die Leistungsentwicklung von Fünft- und Sechstklässlern in Berlin.

Dort ist, wie in keinem anderen Bundesland, nach der vierten Klasse beides möglich: normale Grundschule – oder der Wechsel aufs grundständige Gymnasium ab der fünften Klasse. Sieben Prozent der Berliner bugsieren ihre Kinder vorzeitig aufs Gymnasium. Denn sie hoffen, dass ihre Eleven dort mehr und schneller lernen als ihre Altersgenossen in der Grundschule – eine trügerische Hoffnung.

»In keinem Leistungsbereich sind Förderwirkungen des grundständigen Gymnasiums nachweisbar«, schreibt Baumert. »Dies gilt sowohl für den ein- wie den zweijährigen Besuch dieser Einrichtungen.« Baumert hat mit zwei statistischen Verfahren die gleichen Ergebnisse erzielen können. Kein Wunder. Ihm lagen die Daten von über 1.700 Probanden aus dem Gymnasium und 3.167 aus der Grundschule vor. Der Max-Planck-Forscher und Mitautoren wie Marko Neumann haben besonders auf die leistungsstarken Schüler in Grundschule und Gymnasium geschaut. Sie wollten wissen: Was macht das Gymnasium aus den Spitzenschülern, die es in Berlin bekommt? Sie waren verblüfft: Denn das Gymnasium bringt wenig zustande. In Mathematik liegen die Elitekinder aus dem Gymnasium nach zwei Jahren eine Nasenspitze vor gleich begabten Grundschülern. Beim Lesen sieht es mau aus. »Der Befund zur differenziellen Förderung der grundständigen Gymnasien mag überraschen«, schreiben die Forscher. »Im Vergleich zur Grundschule ist kein differenzieller Fördereffekt des zweijährigen Besuchs eines grundständigen Gymnasiums auf die Lesekompetenz nachweisbar.«



Das ist eine Peinlichkeit fürs Gymnasium – auch wenn Baumert es, jetzt wieder ganz Gentleman, freundlicher ausdrückt. »Aus dem Zusammenspiel von Schule und Elternhaus beim Frühübergang (aufs Gymnasium nach der Vierten, Red.) resultiert eine kognitiv, leistungsmäßig, motivational und hinsichtlich häuslicher Ressourcen hoch ausgelesene Schülerschaft«, schreibt er. »Sie stellt für die Lehrkräfte eine intellektuelle Herausforderung dar – aber auch ein Erfolgsversprechen für den Unterricht.« Genau dieses Erfolgsversprechen können die Studienräte jedoch nicht halten. Es geht ihnen wie Jürgen Klinsmann, der bei den Bayern das beste Spielermaterial zur Verfügung bekam – aber den Platz zu selten als Sieger verließ. Bei Baumert hört sich das so an. »Die Befunde sprechen eher für einen Entwicklungsprozess der Lesekompetenz, der von den Vorleistungen der Schüler und des Elternhauses lebt und von dem die grundständigen Gymnasien profitieren, ohne ihn selbst aktiv zu fördern.« Auf Deutsch: Der Leistungsvorsprung, den die Gymnasiasten vor den Grundschülern haben, hat nichts mit der guten Arbeit der Lehrer oder der Penne zu tun – er stammt allein von der Leistungsfähigkeit der Schüler. Baumert nennt das Ergebnis für die Berliner Gymnasien einen Grund zur Nachdenklichkeit. Und »ein Kompliment für die Grundschule«.

Die Ergebnisse von Baumerts Analyse sind nicht nur ein Problem für die Gymnasien. Sie sind auch ein Lehrstück. Denn die Daten über Berlins fünfte und sechste Klassen waren in der sogenannten Elementstudie (siehe Kasten) schon einmal ausgewertet worden. Das war vergangenes Jahr, und der Forscher Rainer Lehmann hatte dabei behauptet, Berlins Grundschulen seien schlecht. »Bei gleicher Ausgangslage lernen Schüler an Gymnasien weitaus mehr als an Grundschulen«, behauptete er kess.

Zweifelhafte Interpretationen

Lehmann garnierte seine Interpretation zugleich mit harten Schlägen gegen den Auftraggeber der Studie. Die Berliner Senatsverwaltung für Bildung halte seine Studie zurück, weil sie mit den Ergebnissen nicht glücklich sei. Berlin gehe mit »der sechsjährigen Grundschule einen Sonderweg« mit dieser Annahme, so Lehmann: »Leistungsstarke Schüler werden durch die Klassen fünf und sechs in ihrer Entwicklung nicht gebremst.« Eine Aussage, posaunte der Forscher, die nicht haltbar sei.

Mit solchen Sätzen avancierte Lehmann zum Helden. Die *Zeit* räumte ihm eine ganze Seite Platz frei, damit er seine Sicht verbreiten konnte. Nicht ganz zufällig erschien das Gespräch just an dem Tag, da Hamburgs grüne Bildungssenatorin Christa Goetsch den Umbau der Grundschule verkündete – die Verlängerung auf sechs Jahre.

Eine Woche später wurde die Elementstudie öffentlich – und mit ihr erste Zweifel an Lehmann. Die Grundschüler lagen im Leistungszuwachs – anders als von Lehmann suggeriert – knapp vor den Gymnasiasten. »Hat der Autor der Studie seine Daten falsch interpretiert?«, fragte die *Zeit* nervös, Berlins Bildungssenator bat Jürgen Baumert, die Daten nachzurechnen.

Aber da war der Zug bereits abgefahren. Lehmann hatte längst Starqualitäten unter Hamburger bildungsbeflissenen Eltern. Wie auf einer Roadshow reiste der Forscher im Wochentakt nach Hamburg. Das Bürgertum johlte in Blankenese über Lehmann wie die Fans auf St. Pauli. Und brüllte die Bildungssenatorin nieder – obwohl an Lehmanns Thesen, wie nun bewiesen ist, wenig richtig war.

Das juckt die Gymnasial-Fans kein bisschen. Auf der Homepage der Initiative »Wir wollen lernen« findet sich noch

heute viel Lehmann und kein Wort über Baumert. Kein Wunder, »Wir wollen lernen« organisiert einen Volksentscheid – gegen die sechsjährige Primarschule in Hamburg. Und der Verband der Berliner Oberstudiendirektoren glaubt Baumert schlicht und einfach nicht. »Erfahrungen aus der Praxis« gelten dort mehr als die wissenschaftliche Analyse. »Kinder sind nach der sechsten Klasse am Gymnasium wesentlich weiter als nach einer sechsjährigen Grundschulzeit«, hat Verbandschef Ralf Treptow beobachtet.

Immerhin, Deutschlands oberster Gymnasiallehrer Heinz-Peter Meidinger ahnt, dass nun erstmals seit Pisa das Gymnasium in Erklärungsnot kommen könnte. Der Philologenboss ärgerte sich noch am 1. Mai, es sei unfair, dem Gymnasium Vorwürfe zu machen. »An den empirischen Kerndaten der Elementstudie, wonach die Schüler der grundständigen Gymnasien in Berlin am Ende der 6. Klasse einen Leistungsvorsprung von bis zu zwei Lernjahren haben (…), ändert sich gar nichts«, schrieb Meidinger.

Trotz Gymnasium gut

Das passt recht gut ins Gymnasialbild, das Jürgen Baumert zeichnet: Die Studienräte lesen wohl, allein ihnen fehlt das Verständnis. Oder anders: Ja, Herr Meidinger, die klugen Kinder haben einen Vorsprung von zwei Lernjahren – aber den haben sie nicht etwa, weil sie Schüler eines Gymnasiums sind, sondern weil sie schlaue Eltern haben. Sie liegen nicht wegen, sondern trotz des Gymnasiums vorne.

Zuerst erschienen in der taz vom 6. März 2009

Gemeinsam bleibt besser

Ethikunterricht nach dem Volksentscheid

von Norbert Böhnke, Ethiklehrer und Mitglied im LAMA-Vorstand

Dass die das Quorum nicht schaffen, hatte ich gehofft, aber dass wir sogar eine eigene Mehrheit bekommen, davon hatte ich nicht einmal zu träumen gewagt, halleluja«, so strahlte mich eine Kollegin am Morgen nach dem Volksentscheid in der Schule an. Nicht alle teilten dieses Gefühl. Nicht einmal jedes vierte Kirchenmitglied in Berlin stimmte mit ja, bei den BefürworterInnen war die Enttäuschung groß, einige kritisierten die Parteinahme der GEW pro Ethik, bei einigen reichte der Verdruss sogar bis hin zum Gewerkschaftsaustritt. Beim Volksentscheid ging es nicht um die Frage »Wie hältst du es mit Gott?«, sondern die Frage »Findest du einen gemeinsamen Unterricht oder einen nach Konfessionen getrennten besser?« stand zur Entscheidung. Wie auch in anderen bildungspolitischen Fragen entschied sich die GEW für Inklusion und gegen Exklusion. Ein integratives Wertefach ist vor allem auf dem Hintergrund der multikulturellen Realität Berlins die bessere Lösung.

Fast dreiviertel aller Grundschülerinnen nehmen am freiwilligen Religions- oder humanistischen Lebenskundeunterricht teil. Dies bestätigt die hohe Akzeptanz dieses Unterrichts in der Grundschule, aber auch die gute Arbeit der Religions- und LebenskundekollegInnen. Ich bin mir sicher, die jetzige Entscheidung wird die KollegInnen dazu anspornen, die Attraktivität des freiwilligen konfessionsgebundenen Unterrichts in der Oberschule zu erhöhen und dort das Profil des Religions- und Lebenskundeunterrichts zu schärfen. Die Kooperation mit dem Ethikunterricht eröffnet zudem neue Chancen. Das Abstimmungsergebnis hat jetzt auch hierfür noch einmal Klarheit geschaffen. Mehr Kooperation ist erwünscht, aber die Verantwortung für gemeinsame Unterrichtsphasen liegt bei der staatlichen Ethiklehrkraft. In diesen Unterrichtsphasen können die kooperierenden KollegInnen die Lerngruppen auch anders mischen, aber nicht nach Konfessionen aufteilen. Der Ethikunterricht wird weiterhin gemeinsam stattfinden – und das ist auch gut so. Er muss aber noch besser werden: Eine materielle Grundausstattung für das Fach, eine reguläre Fachbereichsleitung, eine laufbahnrelevante Anerkennung der schon absolvierten Ethikausbildung, regelmäßige Fachbriefe, mehr handlungsbezogene, auch religionskundliche Unterrichtsmaterialien, ein breiteres Fortbildungsangebot, mehr Teilungsunterricht sind nur einige exemplarische Verbesserungen, die dringend notwendig sind.

ANZEIGE

GRIPS Theater
auch für Erwachsene

Schauspiel mit Musik
von Volker Ludwig und Franziska Steiof
Musik von Thomas Zaufke
24.-27. Juni, 19.30 Uhr
(zum letzten Mal in dieser Spielzeit)

"DIE REVOLUTION IST GROSSARTIG! ALLES ANDERE IST QUARK!" (Rosa Luxemburg)

GRIPS THEATER
am Hansaplatz [U 9]

Rosa • Wehr dich, Mathilda! • Prima Klima • Max und Milli • Eine linke Geschichte • Eins auf die Fresse • Winner & Loser

Theater im PODEWIL
Klosterstraße [U 2]

Flimmer-Billy • Haram • Lilly unter den Linden • Das Leben ist kein Ponyhof • schwarzweißLila • Nebenan

Kasse 397 47 477 • Infos 397 47 40 • www.grips-theater.de

Herr Wowereit, wir kommen

Aktion vor dem Roten Rathaus: ErzieherInnen fordern Koalition zum Handeln auf

von Christiane Weißhoff, Kita-AG

FOTOS: TRANSIT/C. V. POLENTZ, OBEN RECHTS: JAKOB HELD

Hunderte von ErzieherInnen mit unzähligen Kita-Kindern hatten sich am 23. April vor dem Roten Rathaus versammelt, um verbesserte Rahmenbedingungen für die Kindertagesstätten zu fordern. Zur Aktion aufgerufen hatte die GEW BERLIN, um erneut auf die unzureichenden Bedingungen an den Berliner Kindertagesstätten aufmerksam zu machen. Die Fotos von der Aktion sowie die Reaktionen der DemonstrantInnen zeigen, dass die Stimmung gut war.

Kommentare der TeilnehmerInnen

»Hallo alle zusammen, ich schreibe euch im Namen der Kinder vom Kinderladen ›Rosinante e.V.‹ aus Berlin-Mitte. Ich soll euch ausrichten, dass es unseren Kindern großen Spaß gemacht hat, sich auf diese Weise für die Rechte ihrer Erzieherinnen einzusetzen. Wir ›Großen‹ waren selbst überrascht, mit wie viel Interesse und Engagement unsere 4- und 5-jährigen dabei waren. Angefangen bei der Herstellung ihrer Demo-Schilder bis zur Demo selbst. Schon auf dem Weg zum Alexanderplatz erregten sie viel Aufmerksamkeit unter den Passanten und Fahrgästen der Berliner U-Bahn. Mit sehr viel Geduld, Freude und Wissen antworteten sie auf alle Wieso-Weshalb-Warum-Fragen.«

»Ich habe mich über den regen Zulauf gefreut. Die Kids waren entzückend. Es war von euch super organisiert – das ist wirklich wahr! Alle Achtung.«

»Es wurden Unmengen von selbst gestalteten 5er-Forderungen mitgebracht, sodass unser Wowi-Bär Unterstützung von Kindern und Erzieherinnen brauchte, um die Forderungen beim Regierenden Bürgermeister Wowereit abzugeben.«

»Die leckeren Kekse in Form einer Hand, die der Wowi-Bär verteilt hat, waren eine super Idee.«

»Luftballons, Schminken, Fingerdruck, Popcorn, Mitmach-Musik… Alle hatten viel Spaß bei diesem Fest. «

FOTO: VEIT METTE

Eine andere Schule ist möglich

Warum Kinder und Jugendliche in einer Schule miteinander aufwachsen sollen

FOTO: SUSANNE FREITAG

von Susanne Thurn, Leiterin der Laborschule Bielefeld

Ich habe zur Beantwortung der alles entscheidenden Frage, warum Kinder und Jugendliche eigentlich in einer gemeinsamen Schule miteinander aufwachsen sollen, zwanzig gute Gründe aufgeschrieben und in vier Kategorien eingeteilt: ethische – oder, wenn Sie so wollen: christliche – Gründe; pädagogisch-didaktische und neurobiologische Gründe; historisch-politische und wirtschaftliche und schließlich gesellschaftlich-kulturelle Gründe.

Fünf ethische Gründe

Kinder und Jugendliche müssen in einer Schule miteinander leben und lernen,

1. ..., weil die Verschiedenheit von Kindern und Jugendlichen ein Reichtum ist, den man keinem Kind und keinem Jugendlichen vorenthalten darf. Noch sind wir in den deutschsprachigen Ländern weit davon entfernt, die »Anderen« auch nur wahrzunehmen, geschweige denn ihr Anderssein zuzulassen, es neugierig daraufhin zu betrachten, ob es für unsere Begrenzungen nicht Öffnendes bergen könnte.

2. ..., weil wir in einer Schule, die ganztägig Lebens- und Erfahrungsraum sein will und sein muss, die ganze Vielfalt an Lebens- und Erfahrungsmöglichkeiten brauchen, um diesen Reichtum wahrnehmbar, begreifbar und nachhaltig bereichernd für alle werden zu lassen. In der deutschsprachigen Schultradition haben wir den entscheidenden Absprung verpasst: Immer noch tun wir so, als würden unsere Kinder nachmittags in liebevollen Elternhäusern optimal betreut und vorzüglich in den Bereichen gefördert, für die die Schulen sich nicht mehr zuständig fühlen. Wir tuen so, als gäbe es reiche freie Spielmöglichkeiten auf Straßen, Wiesen, Wäldern und Feldern mit vielen anderen Nachbarkindern. Auf wie viele Kinder trifft das denn heute noch zu? Und sind es wirklich die Hausfrauenmütter, die die fehlende Betreuung und Bildung am besten nachbessern können?

3. ..., weil jedes Kind und jeder Jugendliche das Recht hat, verschieden zu sein, ohne ausgegrenzt zu werden – wir sie so annehmen sollten, wie sie sind, und nicht, wie sie sein sollten. Ist das nicht ein Grundrecht von Kindern – und: Wird ihnen das nicht immer wieder ungestraft verwehrt? Muss nicht die Schule für die Kinder da sein und nicht umgekehrt? Für alle Kinder, so, wie sie uns anvertraut wurden?

4. ..., weil Kinder und Jugendliche nicht beschämt oder gar gedemütigt werden dürfen durch die Ablehnung von gewählten Schulen, durch Sitzenbleiben, Abschulen, Ausgrenzen irgendwelcher Art – und darüber hinaus, finde ich, auch nicht durch äußere Leistungsdifferenzierung innerhalb einer Schule.

Bei uns gibt es im Unterschied zu anderen Ländern immer wieder viel zu viele »falsche« Kinder, die »hier« nicht hingehören: nicht in diese Klasse, nicht in dieses Gymnasium. Macht sie das stark für ihr Leben? Nirgends wird so viel selektiert wie bei uns – und nirgends klagen so viele Lehrkräfte über die unzumutbare Heterogenität in ihren Gruppen.

5. ..., weil Kinder und Jugendliche Erwachsene brauchen, die ihnen beim Aufwachsen helfen, ihnen eindrückliche Vorbilder sind, Verschiedenes darstellen, Unterschiedliches können und wollen. Sie brauchen keine OberstudienrätInnen oder SonderpädagogInnen oder ErzieherInnen mit abgestuft anerkannten, bewerteten und alimentierten Ausbildungen, sondern PädagogInnen, erwachsene Menschen, die Kinder und Jugendliche aufregend und interessant finden, denen sie wirklich wichtig sind und die selbst von ihrer Sache begeistert sind und andere damit »anstecken« wollen und können.

Fünf pädagogisch-didaktische Gründe

Kinder und Jugendliche müssen in einer Schule miteinander leben und lernen,

6. ..., weil Kinder und Jugendliche so viel mehr »Intelligenzen« in sich tragen, als wir in unseren Schulen ansprechen oder fördern. Erst ihre Verschiedenheit in einer Lerngruppe öffnet den Blick für vernachlässigte Möglichkeiten, nicht zuletzt, weil wir ihnen sonst in den heterogenen Gruppen nicht gerecht werden können.

Dass sich unser Unterricht ändern muss, haben wir oft genug gehört. Wie aber soll das gehen, solange das System den lehrerzentrierten Unterricht geradezu verlangt, weil nur durch ihn straff und effektiv die Mengen der vorgegebenen Stoffe zu den verordneten und »vergleichbareren« Prüfungszielen und –zeiten hin überhaupt zu bewältigen zu sein scheinen? Gelernt wird im deutschsprachigen Raum nicht vornehmlich in der Schule, sondern beim Hausaufgabenfamilienterror oder im teuer erkauften Nachmittagsunterricht außerhalb der Schulmauern. Auch so wird bei uns gesellschaftlich bedingte Ungleichheit zementiert, Ausgrenzung fortgeschrieben. Kinder aus bildungsfernen Schichten haben bei nachgewiesen gleichen intellektuellen Voraussetzungen nach wie vor eine zweieinhalbfach geringere Chance auf einen Zugang zum Gymnasium als Kinder aus Elternhäusern mit höherer Bildung und natürlich mehr Geld.

7. ..., weil wir der Vielfalt von Kindern und Jugendlichen mit einem vielfältigen Angebot an Lern- und Leistungsmöglichkeiten antworten sollten – und mit der Einsicht, dass jedem Kind und jedem Jugendlichen dafür die eigene Zeit zugestanden werden muss, in der sie oder er zu ihrem oder seinem höchstmöglichen Leistungsvermögen heranwachsen kann.

Sobald wir Kinder und Jugendliche sortieren, sie bereits im frühen Alter und dann immer wieder in Einbahnstraßen schicken, die sie nur selten verlassen können, reduzieren wir genau diese Vielfalt an Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten für alle. Aus der Hirnforschung wissen wir, dass zwischen Lern- und Entwicklungsalter bis zu vier Jahre liegen können, ohne dass wir von Behinderung sprechen müssen. Nehmen wir solche Erkenntnisse in der Schule ernst?

8. ..., weil Kinder und Jugendliche voneinander ebenso viel lernen wie von ihren LehrerInnen.

Wer einmal Kindern zugehört hat, wie sie einander etwas erklären, oft in Botschaften, die unserem Denken verschlossen sind und dennoch oder gerade deswegen einander erreichen, will darauf im Unterricht nicht mehr verzichten. Wer erlebt hat, wie sich in den Köpfen jener, die etwas erklären, selbst etwas klärt, will darauf nicht mehr verzichten. Wer die scheinbar beschränkten Fragen ernst nimmt und sieht, an welche eigenen Grenzen wir als Lehrende in der Beantwortung kommen, weiß plötzlich, was damit gemeint ist, dass wir aus Fehlern lernen, die in unserer Schule aber geahndet, nicht wertgeschätzt werden.

9. ..., weil Kinder stark werden an dem, was sie können und was sie auszeichnet – auch im Vergleich zu anderen –, aber schwach werden durch verlorene Konkurrenzsituationen jenseits von Sachinhalten oder Problemlösungen, etwa durch aussageleere Noten.

Sind Noten wirklich so wichtig? Müssen Kinder als ihr Recht immer wieder hören, »wo sie stehen«, das heißt, welchen Rang diese Gesellschaft ihnen zuweist? Richtig, wer einmal mit Noten in Kontakt gekommen ist – möglichst mit guten oder wenigstens mit solchen, die durch ein wenig Mühen erreichbar wären, will sie vermutlich haben. Was aber ist mit den vielen anderen, den Verlierern? Brauchen nicht vielleicht wir LehrerInnen die Noten, weil wir sonst jene nicht mehr erreichen, die sich ausschließlich für jene kleinen Ziffern von 1 bis 6 anzustrengen bereit sind? Und sind das nicht die meisten, die sich längst von der Sache als in sich aufregend verabschiedet haben?

10. ..., weil das gemeinsame Lernen im Zusammenhang der Dinge, in multiperspektivischen und mehrdimensionalen Zugängen zu den Sachen, die Vielfalt von möglichen Lösungen gemeinsam definierter Aufgaben, Probleme, Fragestellungen, unseren Unterricht endlich aufregend macht – übrigens auch für uns Lehrende, die wir selbst zu Lernenden werden, indem wir diese Verschiedenheit zulassen.

Unterrichtsbeispiele dafür gibt es längst, wenn auch nicht genug – und auch in der Laborschule sind wir hier noch am Anfang, ständig auf der Suche. Aber wer einen solchen Unterricht einmal gewagt und die neuen Leistungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen erlebt hat, auch die tiefe eigene Befriedigung und neue Freude am Beruf,

KARIKATUR: D. TOWN

wird von da an ständig weitersuchen. Aus der Hirnforschung wissen wir es doch inzwischen genau: Alle Kinder wollen lernen, leidenschaftlich gerne – besonders gut lernt, wer an Vorhandenem anknüpfen kann und »passgenaue«, immer wieder neu herausfordernde Aufgaben erhält oder entdecken darf. Die Zeit, die es braucht, um notwendige Lernschritte auf dem Weg zum Verstehen zurückzulegen, ist individuell höchst verschieden – wer vor seiner Zeit entmutigt wird, steigt aus. Extrinsische Motivationen verhindern Lernen mehr als sie es fördern – intrinsische Motivationen durch die Herausforderung der Sache selbst fördern Verstehen.

Fünf politisch-wirtschaftliche Gründe

Kinder und Jugendliche müssen in einer Schule miteinander leben und lernen,

11. ..., weil wir endlich im 21. Jahrhundert ankommen müssen und nicht länger zulassen sollten, dass sich die Standesgesellschaft des 19. Jahrhunderts nach wie vor in unserem Schulsystem abbildet.

Bildung muss endlich ein gesellschaftlich bereitgestelltes und gefördertes Gut werden, auf das alle Kinder ein verbrieftes Recht haben – darf nicht länger ein von Wenigen privat zu kaufendes oder zu ergänzendes Gut bleiben – nicht zuletzt, weil sonst die sprachlos Gebliebenen in dieser Gesellschaft, denen wir die Partizipation verweigern, bestenfalls mit Rückzug und Verweigerung, oft mit Kleinkriminalität und schlimmstenfalls mit roher fundamentalistischer, rechtsgerichteter Gewalt reagieren müssen.

12. ..., weil wir nur so soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit eines Schulsystem ausgleichen können, das auf Segmentierung und Selektion gesetzt hat und damit gescheitert ist – weil wir mit der Schmach, Kindern und Jugendlichen aufgrund ihrer sozialen Herkunft Bildung zu ermöglichen oder zu erschweren beziehungsweise zu verweigern, nicht mehr länger leben wollen sollten – weil wir nicht weiterhin ein Fall für die UN-Menschenrechtskommission bleiben dürfen.

Wären unsere PISA-Ergebnisse wenigstens ganz oben bei den 20 Prozent Glückseligen an der Weltspitze, hätte sich, wenn auch zynischerweise, das Sortieren wenigstens gelohnt. Aber ganz offenbar lernen auch jene Glückseligen in undifferenzierten Systemen anderer Länder deutlich mehr als die unseren unter sich. Und glaubt noch irgendjemand ernsthaft, dass jene »Rausgelesenen« ohne die notwendigen Kompetenzstufen in den Restschulen unserer Großstädte, in denen nur noch die Erwachsenen die deutsche Sprache beherrschen, voneinander irgendetwas lernen, außer, wie man sich mit eben jenen Mitteln gegen die Ausgrenzung wehrt, die sie im Nachhinein zu rechtfertigen scheinen?

13. ..., weil das mehrgliedrige System unnötig Kinder und Jugendliche schwächt, die wir uns aber stark für ihre und unsere Zukunft wünschen – weil wir es uns wirtschaftlich nicht mehr leisten können, durch ein unfähiges Schulsystem auf ihre Potenziale und damit auf unsere Zukunft zu verzichten.

Wir leisten uns in Deutschland 40 Prozent unter unseren Fünfzehnjährigen, die in ihrer Zeit schon einmal durch Erlebnisse von Abweisung an Schulen, Abstufung, Sitzenbleiben … geschwächt wurden. Aber auch jener Schüler, der im Gymnasium mit seinen Fünfen kämpft, an sich zweifelt und an Selbstwert einbüßt, vergisst in der Regel, dass er immer noch zu dem Drittel der Besten seiner Alterskohorte gehört. Unsere Wirtschaft aber braucht selbstbewusste junge Menschen, die gelernt haben zu lernen, sich selbst anzueignen, was sie brauchen an Wissen und Können, die gelernt haben, im Team ohne falsche Konkurrenz miteinander statt gegeneinander zu arbeiten, die gerne lernen, auch noch nach 10 Jahren Schule, so wie alle Kinder leidenschaftlich gerne lernen, bis wir es ihnen durch die Ödnis von Rezeption statt Produktion, durch sachfremde Motivierungs- und Belohnungssysteme in der Schule geradezu systematisch abgewöhnt haben.

14. ..., weil heutige Kinder später nicht von Erwachsenen gesellschaftlich, wirtschaftlich und politisch angeleitet, geführt, belehrt, vertreten und regiert werden sollten, die schulisch isoliert aufgewachsen sind, daher die gesellschaftliche Vielfalt nicht durch eigene Alltagserfahrungen kennen gelernt haben. Wollen wir das wirklich weiterhin: den Richter oder die Richterin, der nie mit jenen gespielt hat, die er verurteilen soll? Die Lehrkraft, die sich mühsam nur jenen nähert, die sie aus ihrer Kindheit nicht kennt und deren Sprache sie nie zu sprechen gelernt hat? Den Manager oder die Managerin, der jene nicht versteht, die für ihn arbeiten sollen? Den Politiker oder die Politikerin, der das Leben jener nicht wenigstens eine Weile lang mit gelebt hat, für die er Zukunft entwerfen und für die er stellvertretend handeln soll?

15. ..., weil mit den Kosten, die uns das selektive, vielgliedrige und noch dazu nur halbtägige Schulsystem beschert, die moderne Schule der Zukunft als Lebens- und Erfahrungsraum, als lebendiges Haus des Lernens, gebaut werden könnte und weil in dieser Schule Individualisierung der Lern- und Lebenszugänge mehr wäre als die politische Poesie unserer Tage. Ich zähle nur einige der unnötigen Kosten auf: den nachmittäglichen Leerstand dieser kostbaren Einrichtungen – den nachmittäglichen privat gezahlten Nachhilfeunterricht von nachgewiesen 1,5 Milliarden Euros und noch einmal so viel geschätzter Dunkelziffer, der unser unfähiges Schulsystem nachbessert – den gut bezahlten Musik-, Kunst-, Drama-, Ballett- und Sportunterricht für die Betuchten – die eine Milliarde sinnlos verschleuderten Euros, die uns in Deutschland das Sitzenbleiben Jahr für Jahr kostet – die Fahrtkosten quer durch die Städte zu den Verlierer- und Gewinnerschulen – die gesellschaftlichen Kosten für stressbedingte Krankheiten, psychologische Betreuung, Fürsorge- und Jugendhilfe, Suchtbewältigung statt –prophylaxe und schließlich Jugendstrafgerichtsbarkeit für die ständig ausgegrenzten VerliererInnen. »Unter einer Verdreifachung der Bildungshaushalte lohnt die ganze Debatte nicht« (Dieter Lenzen), wollen wir die Schule der Zukunft bauen. Geld dafür ist genug da in unserer Gesellschaft, um das Menschenrecht auf Bildung aller endlich ernst zu nehmen und unsere Zukunft nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen.

Fünf gesellschaftlich-kulturelle Gründe

Kinder und Jugendliche müssen in einer Schule miteinander leben und lernen,

16. ..., weil Kinder und Jugendliche den ganzen Reichtum der Verschiedenheit von Gleichaltrigen, Jüngeren, Älteren und Erwachsenen für ihre eigene gesellschaftliche und kulturelle Orientierung und Entwicklung brauchen. Darf

ihnen dieser Reichtum vorenthalten werden, indem sie ohne eine Wahrnehmung gesellschaftlicher Realität aufwachsen, weil sie nur unter »Ihresgleichen« bleiben, die »Anderen« allenfalls im Fußball-, schon nicht mehr im Tennisverein und manchmal noch im Kommunions- oder Konfirmationsunterricht wahrnehmen?

17. ..., weil Wahrnehmung und auch Aushalten von Verschiedenheit die Voraussetzung für Wertschätzung ist, dies nicht über Rangordnungen gelingen kann, sondern nur darüber, dass man miteinander lebt, den ganzen Tag, Erwachsene mit Kindern, Kinder mit Jugendlichen – und sie dieses Leben als kulturell, aber auch sinnlich bereichernd erleben dürfen. Für die kulturelle Identität einer Schule, für ihre großen Rituale im Schuljahr und die vielen kleinen, die den Alltag gestalten, für Feste und Feiern, ist Wahrnehmung und Wertschätzung von Verschiedenheit unverzichtbar, wenn die Rituale nicht leer, die Feste nicht öde, die gemeinsam geteilten Lebenserfahrungen nicht unerträglich werden sollen. Nicht zuletzt brauchen wir die Wertschätzung von Verschiedenheit, wenn wir wirklich jene humane Gesellschaft werden wollen, in der Fremde erst zu Gast bei Freunden sind und eines Tages nicht mehr Fremde.

18. ..., weil Kinder und Jugendliche in einer Gemeinschaft aufwachsen sollten, in der das Zusammenleben geübt und politische Kultur gelernt werden kann – etwa durch die tägliche Erfahrung, dass Konflikte wichtig sind, gelöst werden können, Ausgleich denkbar und Gewalt unnötig ist – weil Kinder und Jugendliche auch im gemeinsamen Aufspüren von Möglichkeiten der Darstellung und der Gestaltung, ihrer Beteiligung und ihrer Zugehörigkeit, nicht zuletzt im tätigen Einsatz für ein gelingendes Leben in der Gemeinschaft den Zipfel einer besseren Welt wenigstens in der Schule erlebt haben sollten.

Kinder und Jugendliche wollen gebraucht werden und wichtig sein – und sie wollen das möglichst täglich erleben, nicht erst in einer Zukunft, für die sie sich heute anstrengen sollen, die ihnen aber unerreichbar fern erscheint und mit ihrem Alltagsleben wenig zu tun hat. In festgelegten Gruppen gesellschaftlich Gleicher kann dieses täglich nötige Lernen von Demokratie nicht ausreichend gut gelingen.

19. ..., weil das gemeinsame Lernen und Leben aller Kinder und Jugendlichen in einer Schule, beginnend im Alter von 5 Jahren in jahrgangsgemischten Gruppen und bis zum Ende einer gemeinsamen Pflichtschulzeit zehn Jahre später, nicht nur individuell bereichert, sondern auch gesellschaftlichen Wandel von Schule nach sich ziehen wird:

- ihre Profilierung, die sich durch die Bedürfnisse ihrer Schülerinnen und Schüler ergibt,
- ihre Freisetzung, weil sie darauf reagieren muss,
- ihre Bedeutung im Stadtteil, weil sie für mehr als die ganztägige Betreuung zuständig sein wird,
- ihre Wandlung zum kulturellen Lern- und Begegnungszentrum für alle.

20. ..., weil das Erleben von Verschiedenheit bereichert und die Mühe, es auch auszuhalten, reich belohnt wird: Wer sich einmal darauf eingelassen hat, will dieses reiche, bunte, ganze pralle Leben nicht mehr missen.

Wer sich auf den Weg macht, unser nachgewiesen unfähiges und längst nicht mehr zeitgemäßes Schulsystem zu verändern, weiß, dass dieser schwierig, steil und steinig wird, weiß auch, dass er mit Spott, Häme und wenig vornehmen Angriffen zu rechnen hat. Offenbar alleine das Ansinnen erschüttert die Grundfesten unserer Gesellschaft. Als die Skandinavier sich auf ihre Wege machten, legten sie als unverzichtbar fest, dass von nun an kein Kind mehr verloren gehen darf auf dem Weg zu seinem Bestmöglichen. Dafür haben sie keine Kosten und Mühen gescheut, vor allem aber sind sie pragmatisch vorgegangen: Sie haben einfach von heute auf morgen den Lehrkräften jegliche Möglichkeit genommen, ein Kind oder einen Jugendlichen in der Lerngruppe wieder loszuwerden. Von Stund' an musste sich alles ändern: der Unterricht natürlich zuallererst, der nur über die Nutzung von Verschiedenheit und über Individualisierung sinnvoll konzipiert werden konnte.

Konsequent das Bewertungssystem: Ich kann nicht unterschiedliche Voraussetzungen, Lernwege und Zeiteinheiten vergleichend bewerten. Fällt aber Notengebung als vordringliche Motivierung weg, gilt es, die Sache selbst neu als aufregend und lernwichtig zu entdecken. Und schließlich änderte sich der Umgang von Erwachsenen mit Kindern und Jugendlichen in der Schule geradezu fundamental. Klingt wie ein Märchen? Ja, unbedingt! Aber wenn in anderen Ländern Märchen wahr werden konnten, warum eigentlich nicht bei uns?

ERMUTIGUNG UND KONTROVERSE

Zweites Forum des Runden Tisches Gemeinschaftsschule

Mehr als 120 Menschen waren gekommen. Breite Zustimmung für die Gemeinschaftsschule, Kritik am Erhalt einer mehrgliedrigen Schulstruktur im Strukturreformvorschlag, besonders heftige Kritik am Ausklammern der Sonderschulen aus dem Strukturreformkonzept, ebenso heftige Auseinandersetzung über die Ungleichwertigkeit von Sekundarschulen und Gymnasien insbesondere durch unterschiedliche Zugangsbedingungen – das waren Schwerpunkte, die die Diskussion auf dem 2. Forum des Runden Tischs Gemeinschaftsschule im Abgeordnetenhaus am 11. März 2009 beherrschten. Staatssekretärin Claudia Zinke, die den Schulsenator auf dem Podium vertrat, wirkte irritiert über die starke Zustimmung zur Gemeinschaftsschule und die heftige Kritik am Strukturreformvorschlag des Senats.

Susanne Thurn, Leiterin der Laborschule Bielefeld, beschrieb mit Empathie das gemeinsame Lernen der Kinder und Jugendlichen in der Laborschule von Klasse 0 bis Klasse 10 und belegte damit aus der Praxis ihre »20 guten Gründe, warum Kinder und Jugendliche in einer Schule miteinander aufwachsen sollen«.

Diese Argumentationshilfe soll uns künftig für Auseinandersetzung mit denen wappnen, die der inklusiven Schule noch zögerlich gegenüberstehen. Sie soll PädagogInnen und Eltern auf dem Weg ermutigen, ein neues Bewusstsein für das Lernen unserer Kinder zu entwickeln.

Eine willkommene Unterbrechung und ein Highlight in der Veranstaltungspause waren die wunderbaren Snacks, professionell angeboten von der Schülerfirma der Riesengebirgs-Oberschule Berlin-Schöneberg. Danke.

Ulla Widmer-Rockstroh

Tucholsky und das Gymnasium

Wo kommen eigentlich die Löcher im Käse her?

Man kennt sie, die Geschichte vom herzzerreißenden Flehen des kleinen Jungen um Aufklärung, die daraus resultierenden gruppendynamischen Konflikte und das Ergebnis.

Neulich bei den Grünen – ein Tucholsky-Revival: ein Gesprächsabend mit GymnasialschulleiterInnen zum neuen grünen Polittrend: »Das ewige Polarisieren hilft doch nix, wir wollen alle das Beste und deshalb wird alles gut« – in diesem Fall das Gymnasium. Ausgerechnet ein Schulrat – ja, echt – machte das Tucholsky-Kind und drohte den Abend zu vermasseln mit der Frage: »Wozu brauchen wir eigentlich das Gymnasium?« Alle waren offenbar belesen genug, um auf die Frage nicht einzugehen. Der harmonische Bildungsbürger-Abend war gerettet. Das schulrätliche Kind war brav und verzichtete auf Quengeln und Flennen.

Aber die Frage steht im Raum und lässt mich Kind seitdem nicht schlafen: Wozu eigentlich? Klar, die Grünen brauchen es. Sonst könnten sie seine Existenz nicht verteidigen und bei den so genannten Gymnasialeltern punkten und sie, die Bildungsbewussten, der CDU abspenstig machen bei den nächsten Wahlen. Gymnasialeltern brauchen das Gymnasium aber auch, denn sonst gäbe es sie als Gruppe nicht und sie wären gewöhnliche Eltern und niemand würde sie umwerben. Und sie müssten, wollten sie dem Altberliner Grundsatz »Einbildung is ooch ´ne Bildung« weiter folgen, ihre Edelbratzen für teuer Geld in eine Privatschule schicken. Da ist die jetzige Lösung schon günstiger – kostenmäßig.

Und natürlich die StudienrätInnen…. StudienrätInnen gäbe es aber doch auch ohne Gymnasium und die würden Jugendliche zum Abitur führen oder auch nicht. Wollen die etwa ihren sozialen Status durch ihre Schulart aufhübschen? Das würde ich mich nicht trauen zu unterstellen – ich doch nicht!

Und so wühle ich mich in schlaflosen Nächten weiter durch die modrigen Untiefen des »diffusen öffentlichen Bewusstseins« (von Hentig). Da finden sich ganz unten die nun schon recht ranzigen und wenig genutzten Restbestände des Diskurses der 50er Jahre von der deutschen kulturellen Identität, die durchs Gymnasium gerettet wird. Und die Spitzenleistung: Wettbewerbe in allen Disziplinen gewinnen, klassische Musik bis zur Vollendung pflegen – unmöglich ohne Gymnasium! Da ist sowohl dem PISA-Konsortium als auch uns allen offenbar ein Strom von schwerstbegabten Asylbewerbern aus Ländern ohne Gymnasium von Feuer- bis Lappland entgangen, die an unseren Gymnasien Schutz suchen vor dem Ansturm bildungsfernen, kulturlosen Pöbels. Weiß denn die Ausländerbehörde davon?

Der *Tagesspiegel* wiederum, sonst in den besagten Untiefen als Gralshüter der gymnasialen Leistungsorientierung nachhaltig unterwegs, geht plötzlich von der Fahne: nicht die Leistung zähle für die Eltern, sondern »… eine sozial ausgewählte Schülerschaft…« (2. Mai 2009). Wer könnte das besser wissen als der Tagesspiegel?

So bleibt alles offen. Ich kriege tiefe Einblicke in die psychosoziale Befindlichkeit unserer selbsternannten BildungsbürgerInnen, in Wahlkampfstrategien und natürlich auch in die Animositäten zwischen verschiedenen Gruppen der LehrerInnenschaft. Aber niemand erhört mein herzzerreißendes Flehen um eine Antwort auf die Frage »Wozu brauchen wir eigentlich das Gymnasium?«.

Thomas Isensee

FOTO: IMAGO/IMAGEBROKER/THEISSEN

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Zeugniserstellung leicht gemacht!

Das neue GEW-Zeugnisprogramm nimmt Ihnen die lästige Schreibarbeit ab. Sie geben nur noch die Daten ein, die Zeugnisse druckt Ihnen Ihr Computer. Neben der reinen Zeugniserstellung gibt es zahlreiche zusätzliche Funktionen wie Noten- und Klassenlisten, Prognoseberechnungen für die Grund- und Gesamtschule oder eine Fehlzeitenverwaltung, die Ihnen die täglichen Arbeit erleichtern.

Sie können das Programm aus dem Internet kostenlos herunterladen, um es ausgiebig auszuprobieren. Sie werden feststellen, es gibt nichts Vergleichbares zu diesem Preis auf dem Markt. Sie finden das Programm auf unserer Homepage unter www.gew-berlin.de/zeugnis.htm.

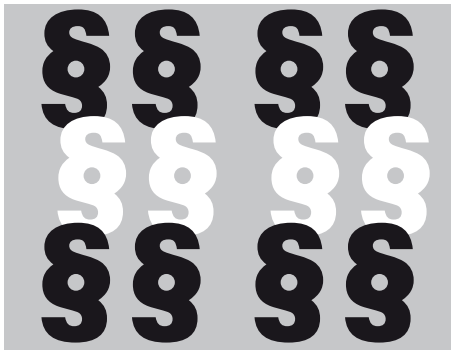
Preise für GEW-Mitglieder

	Online	CD
Grundschule	20,-	30,-
Gesamtschule		
- (Sek. I)	30,-	40,-
- mit gymn. Oberstufe	40,-	50,-
- mit Grundstufe u. gymn. Oberstufe	50,-	60,-
Hauptschule	20,-	30,-
Realschule	20,-	30,-
Haupt- u. Realschule	30,-	40,-
Gymnasium		
- (nur Sek. I)	20,-	30,-
- (Sek. I und Sek II)	30,-	40,-
- (Sek. I und Sek. II) mit Klasse 5 und 6	40,-	50,-
Gymnasiale Oberstufe	20,-	30,-

Preise für Nicht-Mitglieder unter www.gew-berlin.de/4547.htm, Kollegiumspreise (Mengenstaffel) auf Anfrage. Von dem Programm gibt es auch Schulversionen, Informationen dazu unter www.gew-Berlin.de/4681.htm.

Die Freischaltung bzw. die Zusendung erfolgt nach Eingang der Zahlung. Updates werden kostenlos oder gegen eine geringe Gebühr im Internet bereitgestellt. Innerhalb eines Jahres nach Erwerb sind alle Updates kostenlos.

Bestellschein: *siehe Seite 29*



STEUERLICHE ABSETZBARKEIT DES ARBEITSZIMMERS

Gegen das klageabweisende Urteil des Finanzgerichts Rheinland-Pfalz bezüglich der steuerlichen Anerkennung des häuslichen Arbeitszimmers eines Lehrers wurde unter dem Aktenzeichen VI R 13/09 gegen das Urteil beim Bundesfinanzhof Revision eingelegt. Nun wird sich der Bundesfinanzhof mit dem Thema befassen. Um von einem positiven Ausgang zu profitieren, sollten in den jährlichen Steuererklärungen die Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer geltend gemacht werden. Gleichzeitig kann darauf verwiesen werden, dass bei einer Nichtberücksichtigung der Aufwendungen dem Ruhen des Verfahrens bis zu einer anschließenden Entscheidung zugestimmt wird. *H. Dehring*

SELBSTBEDIENUNG FUNKTIONIERT NICHT

Es muss schon etwas Besonderes sein, wenn die Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales gemeinsam mit der Gewerkschaft ver.di eine Klage beim Arbeitsgericht einreicht – gegen die Tarifgemeinschaft christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen (CGZP), einem Ableger des christlichen Gewerkschaftsbundes. Der CGZP wurde vorgeworfen, sie würde per Gefälligkeitstarifvertrag die abgeschlossenen Tarifverträge der DGB-Gewerkschaften nicht nur unterlaufen, sondern durch Öffnungsklauseln zulassen, dass Leiharbeitern in den ersten Monaten ihres Einsatzes nicht der volle Lohn ausbezahlt wird. Die Klage war erfolgreich, weil das Landesarbeitsgericht (LAG) die vom Bundesarbeitsgericht (BAG) geforderte Durchsetzungsfähigkeit aufgrund der geringen Mitgliederzahl der CGZP nicht erkennen konnte (AZ.: 35 BV 17008/08). Die Tarifgemeinschaft mit christlichem Hintergrund hat bereits angekündigt, die noch nicht rechtskräftige Entscheidung anzufechten. Unterliegt sie beim LAG, sind alle mit der CGZP abgeschlossenen Verträge ungültig. Das wäre doch wunderbar für alle Betroffenen! *R. Zeh*

GERICHT KÜRZT BEZÜGE WEGEN NICHT ERTEILTER UNTERRICHTSSTUNDEN

Das Verwaltungsgericht Braunschweig hat den früheren Rektor einer Grundschule im Amt zurückgestuft, weil er seit 2002 rund 1.250 Unterrichtsstunden nicht erteilt hatte, indem er seine Unterrichtsverpflichtung eigenmächtig von 15 auf 6 Stunden reduziert hatte. Der 61-Jährige muss künftig zu gekürzten Bezügen an einer anderen Grundschule als Lehrer arbeiten.

Dem seit Sommer 2006 suspendierten Beklagten wurde des Weiteren zur Last gelegt, aus dem Schulbudget für fast 20.000 Euro Zauberermaterialien angeschafft zu haben, die in der Schule selbst kaum angemessen zum Einsatz kamen. Stattdessen ließ sich der Rektor Auftritte als Magier entlohnen, die nicht in den Schuletat flossen. Das Verwaltungsgericht wertete vor allem die Unterrichtsverfehlungen als schwerwiegend, ließ aber die Tatsache, dass sich der Schulleiter zuvor nichts hatte zuschulden kommen lassen, dessen Alter und die lange Zeit der Suspendierung in ihre Entscheidung einfließen. Die Schulbehörde hatte die Entfernung aus dem Dienst beantragt. *(EWN)*

INTELLIGENZRENTE NUR MIT URKUNDE

Wer zu DDR-Zeiten zur »Intelligenz« gehörte, aber die »Intelligenzrente« nicht per Urkunde zugesichert bekam, hat keinen Anspruch darauf, entschied das Landessozialgericht Sachsen-Anhalt unter dem Aktenzeichen L 1 R 91/06 in einem Grundsatzurteil, mit dem es eine »fiktive Intelligenzrente« ablehnte. Damit widersprachen die Richter der bisherigen Auffassung des Bundessozialgerichts. In Halle/Saale hatte ein Ingenieur geklagt, der zwar alle Voraussetzungen für die Zusatzrente erfüllte, aber keine Urkunde dafür hatte. Er kann Revision beim Bundessozialgericht einlegen. Zur »Intelligenz« zählten in der DDR unter anderem Ingenieure, Wissenschaftler, Lehrer und Hochschullehrer. *(VN0709)*

STUDIENGEBÜHREN SIND RECHTMÄSSIG

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat Ende April entschieden, dass die Länder Studiengebühren erheben dürfen. Studenten der Universität Paderborn hatten gegen das entsprechende Gesetz der nordrhein-westfälischen Landesregierung geklagt. Zwar hätten Studiengebühren eine abschreckende Wirkung insbesondere auf Abiturienten aus einkommensschwachen oder bildungsfernen Schichten, aber Nordrhein-Westfalen habe hier gegengesteuert, indem diesen Studierenden Darlehen zu einem »noch« akzeptablen Zinssatz zur Finanzierung der Gebühren angeboten werde, führte das Gericht aus.

WOHNGEMEINSCHAFT FÜHRT NICHT ZWINGEND ZU KÜRZUNGEN BEI HARTZ IV

In der Vergangenheit wurde von den Arbeitsbehörden oft die Hartz IV-Leistungen gekürzt, wenn mehrere Personen unter einem Dach wohnten. Man unterstellte ihnen eine Haushaltsgemeinschaft. Das Bundessozialgericht urteilte nun, dass die Behörde die Haushaltsgemeinschaft tatsächlich in jedem Einzelfall nachweisen muss. Auch die »Unterhaltsvermutung«, nach der ein mit im Haushalt lebender Verwandter den Arbeitslosen unterstützt, reiche nicht aus, denn der Haushalt müsse gemeinsam geführt werden.(Az.: B 14 AS 6/08 R) Was war passiert? Ein arbeitsloser Mann lebte bei seinem Vater, der 1.300 Euro Rente erhält. Deshalb ging die Arbeitsbehörde davon aus, dass der Vater den Sohn unterstützt und kürzte das Arbeitslosengeld um 119 Euro monatlich. Dies ließen die Richter nicht zu, da durch das Zusammenleben eine gemeinsame Haushaltsführung nicht bewiesen sei. *R. Zeh*

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. DBV

Aus DBV-Winterthur wird jetzt die DBV Deutsche Beamtenversicherung. Im Schuldienst geben Sie täglich alles und zeigen dabei immer vollen Einsatz. Gut, dass es jemanden gibt, der auch alles für Sie gibt: die DBV Deutsche Beamtenversicherung. Der Versicherungsspezialist im Öffentlichen Dienst, der exklusiv nur für Sie da ist. Und das schon seit über 135 Jahren. Kommen Sie zu Ihrem persönlichen Betreuer ganz in Ihrer Nähe und lassen Sie sich in einer der über 4000 AXA Agenturen beraten. Wir freuen uns auf Sie. Mehr Informationen erhalten Sie unter www.DBV.de oder unter Telefon 0 180 3 - 00 57 57*.

*9 Ct. je angefangene Minute (Deutsche Telekom AG), ggf. abw. Mobilfunktarif

Ein Unternehmen der AXA Gruppe AXA

BerlinerInnen auf der Überholspur

Ein Bericht zur Stimmungslage auf dem Gewerkschaftstag der GEW in Nürnberg

FOTO: PRIVAT

von Sigrid Baumgardt, blz Redaktion

Außerhalb der Tagesordnung: Delegierte des Gewerkschaftstages informieren sich in der Ausstellung »BilderLast. Franken im Nationalsozialismus« über die Vergangenheit des Tagungsortes.

Auf diesem Gewerkschaftstag waren die Berliner Delegierten eher in der Rolle der ZuhörerInnen, denn nur ein originärer Antrag kam aus Berlin. Dafür haben wir BerlinerInnen ja wieder Ulrich Thöne, Ilse Schaad, Norbert Hocke und Andreas Keller ins Rennen um die Aufgaben der kommenden vier Jahre geschickt und alle haben die Wahlen mit guten Ergebnissen gewonnen. Uli wird die Bundes-GEW weiter an vorderster Stelle lenken, Ilse Schwung ins Tarifgeschäft bringen und mit Ausdauer für unsere Beschäftigten kämpfen, Norbert sich den Problemstellungen der Kitas, der Schulsozialarbeit und der Arbeit beim freien Träger annehmen, Andreas seinen Einfluss für einen hoffentlich zusehends gelingenden Bologna Prozess mit echter Durchlässigkeit nutzen und für ein gebührenfreies Studium arbeiten.

Auch die vier anderen im Geschäftsführenden Bundesvorstand (GV) wurden in ihrem Amt bestätigt, wenn auch teils auf der Grundlage heißer Debatten. Marianne Demmer kümmert sich weiter um den Vorstandsbereich »Schule« und bleibt auch stellvertretende Vorsitzende, Anne Jenter um die Frauenpolitik, Stefanie Odenwald um berufliche Bildung und Weiterbildung und Petra Grundmann verwaltet die Schätze der GEW, die allerdings an Üppigkeit zu wünschen übrig lassen.

Deswegen wurde selbstverständlich auch um einiges Geld gerungen. Es gab einen Antrag um größere finanzielle Unterstützung für die Arbeit des Bundesausschusses der Studierenden (BASS) und den der SeniorInnen. Er wurde negativ beschieden. Gleiches Schicksal ereilte zuvor den satzungsändernden Antrag zur Verkleinerung des Gewerkschaftstages, hier ging es um Kosteneinsparung. Die Verkleinerung des Gewerkschaftstages von 432 auf 400 Delegierte wurde als Demokratieabbau angesehen. Gespart werden kann gewiss an anderen Stellen. Brauchen die Delegierten wirklich eine Hochglanzbroschüre zu den Kneipen Nürnbergs, wo die meisten es nach den langen Sitzungstagen höchstens noch an die eigene Hotelbar geschafft haben, die für Baden-Württemberg und Berlin reizvoll im Rotlichtviertel Nürnbergs mit »Herbertstraße« lag? Oder all die anderen kleinen give aways wie Postkarten, Bücher, Broschüren im Zeitalter des In-

ternet. Berge von diesen Papieren blieben jeden Tag liegen und füllten hoffentlich wenigstens die Papiercontainer fürs Recycling. Wichtig war in diesem Zusammenhang auch Ilse Schaads Warnung davor, Kampffondgelder weiterhin in erklecklichen Summen für andere Zwecke und Projekte einzusetzen, da jeder Streik Geld kostet, und wir streiken werden müssen. Die Kosten im Kernbereich gewerkschaftlichen Handelns müssen abgedeckt bleiben. Um die Grundsätze des Haushalts wurde aber nicht gefochten. Die waren in Windeseile – wie zumeist auch in Berlin – durchgewinkt.

Tagungsroutine: Norbert Gundacker, Udo Jeschal und Rose-Marie Seggelke beraten die Strategie des Landesverbandes.

Gestritten wurde um die Anträge zur Zusammenarbeit mit der Bertelsmann-Stiftung. Einig war man sich in der Bewertung des Stiftungshandelns. Überall wo es um Privatisierung öffentlicher Bildung und die Einführung von Marktmechanismen in Bildungseinrichtungen geht, stoßen wir auf die Bertelsmann-Stiftung. Gleichzeitig ist die Stiftung an vielen Projekten beteiligt, deren jeweilige Ziele aus dem GEW-Programm abgeschrieben sein könnten. Eine über Kontaktpflege und Positionsaustausch hinausgehende Zusammenarbeit zwischen GEW und Bertelsmann-Stiftung findet nach dem Beschluss des Gewerkschaftstags nicht statt.

All die vielen weiteren Anträge, immerhin ein Paket, das die Füllmenge eines dicken Leitzordners sprengt, folgten den aktuellen Diskussionen. Große Themen wie die Inklusion werden in der Folge der in Deutschland kürzlich erfolgten Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen thematisiert und für die Bildung gefordert. Inklusion will eine Antwort auf die Vielfalt aller Kinder sein und niemanden mehr aussortieren. In der Konsequenz müsste Inklusion zur Abschaffung der Sonderschulen führen. Das realisieren die Länder noch nicht. Laut KMK werden noch 84,3 Prozent der Kinder getrennt unterrichtet.

Ein weiteres Thema: Der Generationswechsel, das legte schon der Altersdurchschnitt der Delegierten nahe. Augenfällig wurde er durch eine kleine Aktion der Jungen, denn von allen unter 35jährigen stieg ein roter Luftballon gebunden an die Sitzplätze in den Saal auf, der leider die Sicht beim Karten zählen verstellte, aber klar machte, wie gering die Zahl der jungen Delegierten ist. Hier muss noch viel passieren, gegenseitiges Verständnis geschaffen werden für das, was die jeweils andere Seite in den Prozess einbringen kann.

Zusammenfassend halte ich fest: Echte Partizipation ist schwierig bei diesem Antragsvolumen. Ein dickes Lob muss an die Antragsberatungskommission gehen, die immer wieder versucht hat, Abänderungsanträge sinnvoll miteinander zu verschränken und mit nachvollziehbaren Vorschlägen an die Delegierten herangetreten ist, ein wirklich schwerer Balanceakt. Am letzten Tag sind allerdings noch so viele Anträge verabschiedet worden, dass die Delegierten mit dem Blättern kaum hinterher kamen.

Eine über Kontaktpflege und Positionsaustausch hinausgehende Zusammenarbeit zwischen GEW und Bertelsmann-Stiftung findet nach dem Beschluss des Gewerkschaftstags nicht statt.

Und wenn wir nicht beraten haben, so durften wir im Wahljahr den Ausführungen von Frank Walter Steinmeier, Renate Künast, Cornelia Pieper und Oskar Lafontaine folgen. Den wollen einige länger in Erinnerung behalten und ließen sich Autogramme geben. Steinmeier erhielt trotz seiner vielen positiven Worte über die Tätigkeit von Lehrkräften und den Einfluss seines Lehrers auf den Start seiner Karriere nur geringen Beifall. »Der Junge hat das Zeug« und Frank Walter machte als Arbeiterkind direkt das Abitur. Künast sprach vielen aus dem Herzen: »Ich weiß, doch was da bei Ihnen los ist, … da würde ich auch nach einer Woche aufgeben«, wusste einiges zwischen den Zeilen und nicht nur aus den Medien zu berichten und sich zu positionieren und konnte ihre Forderungen deswegen glaubwürdig darstellen. So wurde ihr häufig das Wohlwollen der Delegierten durch Applaus signalisiert. Cornelia Pieper richtete ihr Grußwort im Bewusstsein zu den Delegierten, dass sie in diesem Raum an einer Prozent-Klausel unterhalb eines Prozents scheitern würde. Dafür tat sie dies engagiert und wurde mit freundlichem Beifall verabschiedet. Oskar Lafontaine hatte wie üblich viele »leicht nachprüfbare« Zahlen zur Entwicklung und möglichen Verbesserung der öffentlichen Finanzen parat, seine Ausführungen zu den bildungspolitischen Erfordernissen rissen die Delegierten aber nicht zu Begeisterungsstürmen hin, schließlich entsprachen sie zu 99 Prozent denen der GEW.

Voll war der Gewerkschaftstag und die Delegierten sind müde und leider nur mit wenigen Eindrücken aus dieser schönen Stadt wieder nach Haus gefahren. Gespannt auf den nächsten Gewerkschaftstag – denn bis dahin muss der Generationswechsel angebahnt und gestaltet sein.

FOTOS: HARTMUT SCHURIG

In den Schulen wird gestreikt

Ein Aufruf der Jungen GEW zum Bildungsstreik in der Woche vom 15. bis 19. Juni 2009

von Ilke Glockentöger, Junge GEW Berlin

Schon in Paragraf 5 ihrer Satzung bekennt sich die GEW wie auch andere Gewerkschaften zum Streik als Mittel zur Durchsetzung ihrer Forderungen. Die Tarifauseinandersetzungen der letzten Jahre im öffentlichen Dienst – gerade auch in den Bildungseinrichtungen wie Kitas, Schulen und Hochschulen in Berlin – haben gezeigt, dass Streik nicht nur ein wichtiges und notwendiges, sondern oft auch machtvolles und öffentlichkeitswirksames Mittel ist, um für die eigenen Rechte zu kämpfen.

Diesen Sommer wird in Schulen und Hochschulen wieder gestreikt. Doch die GEW muss hierfür keine Urabstimmung und auch keine Befragung ihrer Mitglieder durchführen, um die politischen Forderungen dieses Streiks zu ermitteln und dann durchzusetzen. Für eine bessere staatliche Finanzierung von Erziehung und Bildung ohne Einflussnahme der Wirtschaft, für mehr Demokratie in den Bildungseinrichtungen, für einen freien Zugang zu Bildung und Chancengleichheit im Bildungssystem und somit also letztlich auch für eine Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen von BildungsarbeiterInnen kämpfen Mitte Juni andere – die Schüler und Schülerinnen!

Ein breites Bündnis von Studierenden, Schülerinnen und Schülern, aber auch anderen gesellschaftlichen Gruppen ruft im Juni 2009 zu einem bundesweiten Bildungsstreik auf. In der Woche vom 15. bis 19. Juni 2009 soll mit vielfältigen Aktionsformen auf die Bildungsmisere, unter der wir alle leiden, öffentlich aufmerksam gemacht werden. Am 17. Juni 2009 – nicht ohne Grund wurde ein historisch bedeutsames Datum gewählt – sind in vielen Städten Demonstrationen während der Unterrichtszeit geplant. Die GEW hat auf ihrem Gewerkschaftstag Ende April in Nürnberg in einem Dringlichkeitsantrag beschlossen, den Aufruf zum Bildungsstreik zu unterstützen.

Die Junge GEW Berlin hat eine Broschüre herausgebracht, in der Lehrerinnen und Lehrer, die an Berliner Schulen arbeiten und unterrichten, über die rechtliche Situation während des Bildungsstreiks informiert werden. Viel zu häufig werden Schüler und Schülerinnen als eine zu den Lehrkräften gegensätzliche Interessengruppe gesehen. Bei einem Bildungsstreik kommen deshalb Lehrer und Lehrerinnen oft in ein Dilemma: Einerseits möchten sie die jungen Menschen in ihren bildungspolitischen Anliegen unterstützen, andererseits sollen sie auf die Einhaltung der Schulpflicht hinwirken oder sogar Leistungskontrollen abverlangen. Es ist höchste Zeit für eine Protestbewegung, in der Studierende, Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit BildungsarbeiterInnen an einem Strang ziehen und eine Kehrtwende in der Bildungspolitik durchsetzen!

Und hier der Aufruf des LASS (Landesausschuss der Studentinnen und Studenten) zum Bildungsstreik:

In der Woche vom 15.-19. Juni findet bundesweit der Bildungsstreik der SchülerInnen und StudentInnen statt, der von einem breiten Bündnis organisiert und getragen wird. Wir denken, dass dieser Streik von Schulleitungen, Lehrkräften und Eltern unterstützt werden sollte und möchten die Gründe hier erläutern:

Gemeinsame Interessen

Die Beziehung zwischen SchülerInnen und Lehrkräften ist traditionell von einer rollenbedingten Gegenseitigkeit geprägt. Es ist jedoch an der Zeit, die Gemeinsamkeiten unserer Lage in den Vordergrund zu stellen. Alle Beteiligten im Bildungswesen sind von derselben Ursache – der Unterfinanzierung – betroffen. Wir leiden unter den daraus resultierenden Einschränkungen der Lehr- und Lernbedingungen in den Schulen: Marode Schulgebäude und mangelhafte Ausstattung mit Lernmaterialien, steigende Kosten der Selbstbeteiligung an Lehrmitteln und Lernangeboten, zu große Klassen, zu hohe Stundenzahl, zu viel Lernpensum in zu kurzer Zeit, steigender Leistungsdruck, höherer Verwaltungsaufwand und Mehrarbeit durch Vergleichsarbeiten, etc.. Unsere gemeinsame Interessenlage lässt sich an den Folgen der Einführung von Privatschulen verdeutlichen:

Beispiel Privatisierung

Privatschulen schießen wie Pilze aus dem Boden und sie werden immer beliebter unter Eltern, die bezahlen können. Sie gelten in öffentlichen Darstellungen als diejenigen, welche besser für das Wohl unserer Kinder sorgen können. Der dadurch aufgebaute Druck auf die im öffentlichen Bildungswesen Beschäftigten konnte von den ArbeitgeberInnen genutzt werden, immer mehr Einsatz zu fordern und im Gegenzug finanzielle Einschränkungen in Kauf zu nehmen.

Wer kennt sie nicht, die Gegenüberstellungen von den Misserfolgen der staatlichen Schulen und die daneben glänzenden Zahlen der Privatschulen? Mit Hilfe der entsprechenden think tanks von profitorientierten Konzernen

wie Bertelsmann & Co wurde eine Bildungsforschung etabliert, welche die passenden statistischen Ergebnisse über den Erfolg der Privatschulen im Vergleich zum öffentlichen Bildungswesen lieferte und in der Öffentlichkeit ein entsprechendes Bild vermittelte. Doch nur durch das Verschweigen der ungleichen Startvoraussetzungen sowie der Verdrängung der öffentlichen Aufgabe von Bildung ließ sich dieses Bild zeichnen. Privatschulen sind finanziell besser ausgestattet, sind für eine ausgewählte Minderheit, die über entsprechende Ressourcen (Wissen und Geld) verfügt. Verschwiegen wird auch die aus der Privatisierung resultierende Umstellung der Aufgaben von Bildung in Richtung der profitorientierten Wirtschaftslogik. Der eingeschlagene Weg im Bildungswesen ist erkennbar: Mit dem Konzept der »Selbstständigen Schule« wird das Silbertablett vorbereitet, auf dem staatliche Schulen zukünftig auf dem Bildungsmarkt feilgeboten werden. Diese »selbstständigen« Schulen werden eine eigenständige Buchhaltung führen und sind somit zukünftig als Paket verkäuflich. Dies zeigt sich an anderen kommunalen Einrichtungen bisher in Form der »Cross Border Leasings« und innerhalb der BRD an den Teilprivatisierungen in den so genannten »Public Private Partnerships«. Mit diesen Projekten haben die Regierenden dem Druck der ständig auf der Suche nach neuen Möglichkeiten zur Geldvermehrung befindlichen InteressentInnen nachgegeben.

Bildung statt »Bad Bank«

Der Bildungsstreik Mitte Juni bietet auch Zündstoff für Konflikte zwischen Lehrkräften und SchülerInnen. Die Ursache dieser Konflikte liegt nicht zuletzt in den veralteten hierarchischen Strukturen des Bildungswesens. Diese Organisationsweise – insbesondere der Notenzwang – muss auf den Prüfstand gestellt werden: Die Leitungsaufgaben der Schule müssen auf viele Schultern verteilt werden, die Bestimmung von Lerninhalten muss demokratisiert werden. Doch Demokratisierung ist eine auf der Schulfinanzierung aufbauende Erscheinung. Sie ist nicht zu verwechseln mit der wirtschaftlichen »Selbstständigkeit« in dem oben genannten Konzept. Die Junge GEW schließt sich der Meinung an, die besagt: Bildung ist keine Ware, so wie Lehrkräfte und Schulleitungen auch keine Dienstleister sind, die um Sponsoren konkurrieren.

Die Argumentation der Regierung von leeren öffentlichen Kassen hat ihre Plausibilität verloren, seitdem mit »SoFFin«und »Bad Bank« Milliardenprogramme aufgelegt werden, um die Verluste der Banken und Konzerne auf die Steuern zahlende Bevölkerung und damit auch auf die öffentliche Bildung abzuwälzen. Denn klar ist, dass diese finanziert werden müssen. Klar ist auch, dass vor der Bundestagswahl im Herbst 2009 Zurückhaltung die Strategie der um ihre Posten und Beziehungen bangenden Parteien ist. Doch was folgt danach? Die Erfahrung der letzten Jahre und Monate verdeutlicht:

Jahrelang haben die im Bildungswesen Beschäftigten Kürzungen durch die Inkaufnahme der eigenen Benachteiligung sowie ihre Aufspaltung in immer kleinere Interessengruppen hingenommen: Wir werden entlohnt nach verschiedenen Tarifverträgen und folglich kämpft jedeR entsprechend der eigenen Bedürfnisse, viele haben aus Angst um ihren Arbeitsplatz jeglichen Willen zum Widerstand verloren. Doch all dies kann nicht über die Gemeinsamkeiten unserer Lage hinwegtäuschen! Es ist an der Zeit, sich zusammen zu tun und zu zeigen: Wir sind nicht länger bereit, das mitzumachen. Eine Gelegenheit ist die Unterstützung des Bildungsstreiks.

Weitere Informationen und die Broschüre für Lehrer und Lehrerinnen unter: www.gew-berlin.de/18865.htm

Jung und Alt gehören zusammen

von Lieselotte Claußnitzer, SeniorInnenausschuss

Die 35. Berliner Seniorenwoche findet vom 27. Juni bis 9. Juli 09 unter dem Motto »Jung und Alt gehören zusammen« statt. Eröffnet wird die Woche wieder mit einem Infomarkt der Berliner Seniorenarbeit auf dem Breitscheidtplatz am 27. Juni von 10 bis 17 Uhr. Seniorenverbände, Selbsthilfegruppe, Seniorenvertretungen der Bezirke sowie der Sozialämter des Landes Berlin nehmen daran teil. 1994 haben sich die GEW-Senioren zum ersten Mal beteiligt und die GEW bekannt gemacht, denn die meisten Besucher konnten mit den drei Buchstaben nichts anfangen. Es entwickelten sich viele Gespräche vor allem über Renten, aber auch über pädagogische und politisch-gesellschaftliche Probleme. Wir versorgten unsere Gesprächspartner mit diversem Material der GEW, teilten aber auch die beliebten Geschenke wie Kugelschreiber und Luftballons aus. Seniorengruppen bieten ein buntes vielfältiges Programm, ein Programm für alle Altersstufen. Die Betreuer des GEW-Standes würden auch gern GEW-Kollegen mit ihren Kindern oder Enkelkindern begrüßen!

SOZIALPAKT FÜR EUROPA

Am 16. Mai demonstrierten in Berlin 100.000 Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet für einen europäischen Sozialpakt und gegen ein Europa des Kapitals. Insgesamt folgten 320.000 Menschen dem Aufruf der europäischen Gewerkschaften in Madrid, Brüssel, Berlin und Prag.

Mete-Ekşi-Preis 2009

Materialien sind mit der Vertrauensleutepost an alle Schulen geschickt worden

von Norbert Gundacker, Vorsitzender des Mete-Ekşi-Fonds

Es ist wieder soweit: der Mete-Ekşi-Preis ist ausgeschrieben! 3.000 Euro warten darauf, vom Kuratorium vergeben zu werden! Bewerben können sich alle Berliner Kinder und Jugendliche, die sich für das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft einsetzen. Dabei kommt es nicht unbedingt darauf an, dass etwas Außergewöhnliches geleistet wurde.

Bewerbungen und Vorschläge können bis zum 23. Oktober 2009 an den Mete-Ekşi-Fonds e.V., Ahornstr. 5, 10787 Berlin eingereicht werden oder via Internet unter http://www.mete-eksi-preis.de/. Die Form der Bewerbung ist der Kreativität der Jugendlichen überlassen und sollte alle wichtigen Informationen über die Gruppe enthalten. Die feierliche Preisverleihung wird einen Tag nach Metes Todestag, am Samstag, dem 14. November 2009 um 12 Uhr im Wilhelm-Leuschner-Saal des DGB-Hauses, Keithstr. 1/3, 10787 Berlin stattfinden. Damit auch wirklich alle guten Beispiele ans Licht kommen, sind wir auf eure Hilfe angewiesen:

1. Hängt die Plakate gut sichtbar aus und verteilt die Miniflyer an die Kinder und Jugendlichen.
2. Wenn ihr Kinder oder Jugendliche kennt, die sich für das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft engagieren, dann macht sie auf den Preis aufmerksam und helft ihnen bei der Bewerbung.
3. Bitte unterstützt den Mete-Ekşi-Fonds durch eure Spende. Am besten mit einem jährlichen Dauerauftrag. Der Fonds muss ständig wieder gefüllt werden, damit wir den Preis auch weiterhin jährlich ausschreiben können.

Der Mete-Ekşi-Fonds e.V. ist gemeinnützig. Für eure Spenden stellen wir entsprechende Spendenbescheinigungen aus.

Bitte überweist eure Spende an: Mete-Ekşi-Fonds e.V., SEB AG, BLZ 10010111, Kontonummer: 1545890600

Unbequem, solidarisch und stark – bis zum Schluss

Irmtraud Schlosser ist kurz nach ihrem 64. Geburtstag gestorben

von Matthias Jähne, Hochschulreferent

Beim letzten Sommerfest der Abteilung Wissenschaft war die Welt noch in Ordnung. Sie sah gut aus, sommerlich frisch, jugendlich. Das Alter schien an ihr abzuperlen. Mit Begeisterung sprach sie über die spannenden Diskussionen in der neuen Arbeitsgruppe gegen Privatisierungen in den Hochschulen. Das war ihr Metier. Darin ging sie auf. Immer kämpferisch, nie angepasst, mit einem tiefen Gerechtigkeitssinn. Bildung ist keine Ware! Wissenschaft muss für die Menschen da sein – und sich nicht im Elfenbeinturm verkriechen. Die Arbeitswelt war ihr Forschungsgegenstand. Die Zunahme prekärer Beschäftigung hat sie als Soziologin nicht nur wissenschaftlich interessiert. Es hat sie wütend gemacht, dass Menschen von ihrer eigenen Arbeit nicht leben können.

Die GEW BERLIN verdankt Irmtraud Schlosser viel. Nur durch ihr Engagement konnten wir im Jahr 2006 eine bundesweit viel beachtete Untersuchung über die Arbeits- und Lebenssituation der Lehrbeauftragten an Hochschulen durchführen. Geld gab es dafür nicht. Irmtraud fand trotzdem einen Weg – ein Forschungsseminar für ihre SoziologiestudentInnen in der FU. Viel Arbeit, viel Zeit und starke Nerven in den nicht enden wollenden Diskussionen in der Arbeitsgruppe – sie blieb immer gelassen.

Irmtraud Schlosser hat der GEW BERLIN mehr als 20 Jahre lang angehört. Als politisches Kind der Studentenbewegung war sie auch Feministin. Pfeife rauchend hat sie als erste weibliche Referentin Ende der 60er Jahre die alten Herren in der Senatswissenschaftsverwaltung aufgemischt. Man kann es sich kaum vorstellen! In der GEW BERLIN war sie zuletzt auch Mitglied im Landesausschuss für Frauenpolitik. Und wer die GEW-Frauen kennt, der weiß, dass diese ehrenamtliche Arbeit wahrlich Geduld und Beharrlichkeit erfordert. Die hatte Irmtraud. Was nicht jedeR so mochte. An der FU hat sie für die Kooperation Wissenschaft-Gewerkschaften gekämpft und die FU-Oberen mit ihrer Hartnäckigkeit geärgert. Recht so!

Ich hätte gern wieder ein Gläschen Wein beim nächsten Sommerfest mit Irmtraud getrunken und mit ihr die nächste Revolution besprochen. Es ist mir, es ist uns nicht mehr vergönnt. Irmtraud Schlosser hat den Kampf gegen ihre schwere Krankheit am 21. April, kurz nach ihrem 64. Geburtstag verloren. Klaglos und stark – wie immer. So werden wir Irmtraud in guter Erinnerung behalten.

Mullewapp – Das große Kinoabenteuer der Freunde

Kostenlose Voraufführung für Mitglieder der GEW am 21. Juni

von der Kultur AG der GEW BERLIN

Franz, Johnny und Waldemar beschließen: Jetzt sind wir Freunde für immer. FOTO:VERLEIH

Die Tiere vom Bauernhof Mullewapp führen ein ganz normales Landleben – bis sie unerwartet Besuch bekommen: Johnny Mauser, nach eigener Aussage ein berühmter Schauspieler, wirbelt den Alltag in Mullewapp kräftig durcheinander. Alle wollen Johnnys lustige Geschichten hören – und halten ihn bald für einen echten Helden. Nur Franz von Hahn ist eingeschnappt, weil Johnny alle um den Finger wickelt, sogar seine Lieblingshenne Marilyn!

In den ungewohnten Trubel platzt auf einmal die Nachricht: Das kleine Lämmchen Wolke ist verschwunden, offenbar entführt! Ganz Mullewapp ist entsetzt. Aber immerhin ist ja ein waschechter Held zu Besuch. Zusammen mit Waldemar und Franz wird Johnny prompt zu Wolkes Rettung abkommandiert. Jetzt müssen die drei zusammenhalten. Mit Waldemars Fahrrad machen sie sich auf – und ein großes Abenteuer beginnt…

Nach den Kinderbuch-Welterfolgen »Freunde« und »Mullewapp« von Helme Heine und der TV-Serie »Ein Fall für Freunde« erobern die Freunde jetzt die große Leinwand. »Mullewapp – Das große Kinoabenteuer der Freunde« dreht die Uhr ein Stück zurück und erzählt, wie Johnny Mauser, Franz von Hahn und Schwein Waldemar den Grundstein für ihre Freundschaft legen und herausfinden, dass Fahrradfahren nur zu dritt funktioniert.

Nach einer Vorlage von Helme Heine inszenierten Tony Loeser (»Ein Fall für Freunde«) und sein Co-Regisseur Jesper Møller (»Asterix und die Wikinger«) in prächtigen Farben und basierend auf Heines Aquarellstil einen intelligenten Animationsfilm für die ganze Familie. Benno Fürmann (Johnny Mauser), Christoph Maria Herbst (Franz von Hahn), Joachim Król (Der dicke Waldemar) und Katarina Witt (Marilyn) leihen den kleinen Helden ihre Stimmen.

Der Film startet am 23. Juli in den Kinos. Wir zeigen ihn in einer Voraufführung in Kooperation mit Kinowelt Film Entertainment und UCI KINOWELT am Sonntag, 21. Juni in einer kostenlosen Voraufführung. Wie immer um 12.30 Uhr und in der UCI KINOWELT – Zoopalast. Mitglieder der GEW BERLIN können bis zu zwei Karten bei uns bestellen. Weitere Informationen zum Film unter www.mullewapp.kinowelt.de

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Hiermit bestelle ich das GEW-Zeugnisprogramm:

Name

Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

☐ GEW-Mitglied:

Mitgliedsnummer

☐ CD-Version

☐ Online-Version

☐ ausgedrucktes Handbuch (+ 7,–)

Schulart

Wie soll das Zeugnis unterschrieben werden (Blockschrift, z. B. »E.Muster«, »Erika Muster« oder »Muster«...)?

Den Betrag von Euro _____ habe ich auf das Konto der GEWIVA, Konto-Nr. 15 42 92 95 00, bei der SEB-Bank Berlin, BLZ: 100 101 11, überwiesen.

Ort/Datum

Unterschrift

DIE TÄTER KOMMEN AUS DER MITTE DER GESELLSCHAFT

An den zehnten Jahrestag des Massakers am 20. April 1999 an der Columbine High School in der US-amerikanischen Kleinstadt Littleton soll dieses Buch erinnern: 13 Menschen wurden damals von zwei Schülern ermordet, die vorhatten, die gesamte Schule in die Luft zu sprengen.

Durch den Amoklauf von Tim Kretschmer im Februar 2009 in Winnenden und das verhinderte Attentat im Mai in Sankt Augustin erhält das Buch jetzt eine traurige Aktualität, die Deutschland zudem eine Spitzenposition beschert: Gleich nach den USA sind wir Spitzenreiter bei den Schul-Attentaten: Freising 2002 (3 Getötete), Erfurt 2002 (16 Getötete), Coburg 2003 (2 Verletzte), Emsdetten 2006 (mehrere Verletzte), Winnenden 2009 (16 Getötete). Und die erste weibliche Attentäterin, die von einer Mitschülerin von ihrem Vorhaben abgebracht werden konnte, können wir ebenso vorweisen.

Als dokumentarischen Roman bezeichnet Gaertner seine Rekonstruktion der Vorbereitung und Durchführung des Massakers an der Columbine Highschool, die er zusammengestellt hat aus privaten Aufzeichnungen der Täter, ihren Schulaufsätzen und den Protokollen der polizeilichen Befragungen der Augenzeugen und der Personen aus dem sozialen Umfeld der Täter. Eric Harris und Dylan Klebold, die beiden Täter, hatten ihren NBK-Tag (=Natural Born Killers) fast ein Jahr geplant. In einem Video, das sie im Rahmen eines Schulkurses drehten, inszenierten sie Monate vorher, was sie später auch real ausführten. Von ihren Gewalt-Fantasien zeugen ebenfalls die in dieser Zeit geschriebenen Schulaufsätze. Zwar gab es deswegen einige Irritationen bei den Lehrkräften, aber zu tiefer gehenden Gesprächen oder Maßnahmen führte das nicht. Ihr Video wurde gar über die Schulanlage in allen Klassenzimmern gezeigt.

Harris und Klebold sind beide aus gutem Elternhaus und waren gute Schüler. Was sie in der Schule oder privat in ihrem Tagebuch von sich geben, ist zwar oft inhaltlich gruselig, aber durchaus kenntnisreich und stilistisch gekonnt – insbesondere bei Harris, von dem der Großteil der Texte stammt. Trotzdem oder deswegen waren die beiden Außenseiter an der Schule, einer Highschool mit ausgeprägter Hackordnung, wo für sie offenbar kein Platz war. Mit beträchtlicher Intensität widmeten sie sich ihren Ballerspielen und ihrem Waffenfimmel und steigerten sich in ihre Rolle »ich bin Gott« hinein. » Psychologen können Eric Harris als ›Psychopathen‹ und Dylan Klebold als ›depressiv-suizidal‹ klassifizieren und die Dynamik zwischen diesen beiden Typen für die Katastrophe verantwortlich machen, aber was erklärt das wirklich?«, schreibt Gaertner treffend in seinem Nachwort.

Für alle Attentäter gilt: Es fehlte ihnen eigentlich nichts, außer sozialer Anerkennung. Warum das ihre Familien nicht kompensieren konnten, bleibt in all diesen Fällen die große Frage. Denn die Täter kommen nicht vom Rand, sondern aus der Mitte der Gesellschaft: Mittelschichtfamilien in einer Kleinstadt.

Klaus Will

Joachim Gaertner: Ich bin voller Hass – und das liebe ich. Dokumentarischer Roman. Eichborn Verlag 2009. 16,95 Euro.

ZUR LAGE DES LANDES

Mit über 600 Seiten ein recht dicker Wälzer, der sich aber lohnt. Alphabetisch geordnet bekommt man hier alle wichtigen Informationen zu den aktuellen Themen von Altersvorsorge über Bildung (Overwien, Dickhaus) Gewerkschaften, Grundeinkommen, Korruption bis hin zu den Stichpunkten Vermögensverteilung und Wirtschaft. Die im Untertitel genannten »vermissten Informationen« beziehen sich darauf, dass die Sichtweisen der Autoren dieses Handbuchs (unter anderem Christoph Butterwegge, Rudolf Hickel, Hermannus Pfeiffer, Eva-Maria Thoms) in der Tagespresse nicht allzu häufig zu lesen sind. Um so wichtiger sind die hier kompakt und größtenteils gut lesbar aufgelisteten Informationen. Gut finde ich auch, dass man nicht nur die aktuelle Entwicklung darstellt, sondern oft auch die historischen Hintergründe. Wer weiß zum Beispiel, dass die Bahn nach dem Ersten Weltkrieg in ein Privatunternehmen umgewandelt und Anteile davon an die Privatwirtschaft verkauft wurden? Man meinte, nur so die Reparationspflichten des Versailler Vertrags erfüllen zu können. Ausgerechnet Hitler hat dann für viel Geld diese Privatisierung wieder rückgängig gemacht.

Nicht alle Artikel sind gleichmäßig gut, der Artikel zum Thema »Grundeinkommen« von Hermann Theißen ist recht billig, was Hans-Jürgen Alt zum Thema »Gewerkschaften« schreibt, schreibt er seit Jahren – was ja nicht falsch sein muss. Aber hat sich wirklich seitdem nichts geändert?

Kleine Einwände gegen ein dickes Buch, das für den politisch interessierten Menschen als aktuelles Nachschlagewerk sehr hilfreich ist.

Klaus Will

Gabriele Gillen/ Walter van Rossum (Hg): Schwarzbuch Deutschland. Das Handbuch der vermissten Informationen. Rowohlt-Verlag, 2009. 24,90 Euro

Die Gangster in der Kanalisation: Elke Schuster als Vivendi, Jean-Theo Jost als RWE, H. Fries als Saur, Dimo Wendt als Suez (v.l.n.r.) in dem Stück »Das blaue Wunder« der Berliner Compagnie. Besprechung siehe unten. FOTO: WULF JAHN

AUFFÜHRUNGEN KRITISCH GESEHEN

Ein Wiedersehen mit *Linie 1* im **Grips** – erstaunlich, wie aktuell dieses Stück immer noch ist! Die soziale Situation scheint kaum verändert (freilich ist die Schlesische Straße nicht mehr Endstation!); die Fülle der (häufig kräftig übersteigerten) Typen ist immer wieder treffend, am Wesentlichen orientiert, genau beobachtet (und führt am nächsten Tag in der U-Bahn zu Wiedererkennungseffekten: der ist doch genau wie …!). Die Songs sind zündend wie eh und je; der Lokalpatriotismus erfreut; die Story trägt – und auch die Grundaussage bleibt aktuell: Schwierigkeiten lassen sich gemeinsam überwinden. Also genau so, wie Kunst bei den »Alten« sein sollte: utile cum dulce – nützlich und erfreulich (ab 14).

Das **Dokumentartheater Berlin**, das seine großen Produktionen vor allem in den »Unterwelten« (im Bunker am Gesundbrunnen) zeigt (sehr empfehlenswert, nicht nur des Ortes wegen!) spielt diesmal *Vera*, frei nach dem autobiografischen Roman »Man kann nicht eine halbe Jüdin sein« von Vera Friedländer, im Ballhaus Naunynstraße. Historisch rekonstruierend gelingen eindrucksvolle große Bilder; es wird klar und direkt agiert, wichtige Inhalte werden durchsichtig gemacht. Besonders bewegend, wenn die Bühnen-Vera von heute und die als ihre Großmutter mitspielende Autorin (die »authentische« Vera) in einem Bild miteinander zu verschmelzen scheinen, wenn sich also Gegenwart und Vergangenheit direkt begegnen (ab Sek I).

Ebenfalls im **Ballhaus Naunynstraße** *Nathan Messias*: Wenn auch Text und Regie schlichtweg missglückt sind – trotzdem ein guter Anlass für wichtige Diskussionen. Mit Lessings Nathan hat die Aufführung freilich, wenn überhaupt etwas, dann nur die Konstellation gemeinsam: Juden, Christen, Moslems ineinander verhakt; hier in eine abstrahierte Gegenwart transportiert und erweitert um einen agnostischen ‚liberalen' Bürgermeister. Auf der Bühne sind »Diskussion« und »Darstellung« der drei Religionen primär eine Sammlung von Vorurteilen; ein pfiffiger Einfall, dass Kardinal, Imam und Rabbi gleichzeitig von einem Schauspieler gespielt werden (wobei es, auch durch die unnötigen Mikroports, häufig schwierig ist, genau mitzubekommen, wer da was sagt). Dazu dann noch ein »Messias« mit einer langen Rede und eine Liebesgeschichte. Wie gesagt: Das Stück

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN
Von hier an geht es aufwärts!
HOTLINE: 07221/39 39 30
Privatklinik für psychologische Medizin
Mit Fachabteilung für Essstörungen
In einer Stadt mit besonderem Flair und Ambiente bieten wir einen individuellen und erfolgreichen psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, **Essstörungen,** Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out"), Schmerzen
Kostenübernahme: Privatversicherungen, Beihilfe, PBeaKK
Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden-Baden**
Fax: 07221/39 39 350 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

SUPERVISIONSGRUPPE
FÜR LEHRER/INNEN HAT NOCH FREIE PLÄTZE
INFO: INA KAUFMANN
DIPL.PÄD. / SUPERVISORIN (DGSV)
TEL: 030/ 693 68 90, E-MAIL: KAUFMANN.INA@WEB.DE

COMMUNICATION ACADEMY
Fortbildungen 2009
Interkulturelle Kompetenz erleben
Lassen Sie Stimmen anderer zu?
· Interkulturelles Training: Grundlagen und Vertiefung
· Stimmbildung und Gesang für Sprechberufe
· Rede- und Präsentationstraining
Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski M.A.
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin
Tel. 030-23 63 91 75
www.communication-academy.org

Institut für Gruppendynamik
Supervisionsgruppen
für Lehrerinnen und Lehrer
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Angela Krapp, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
313 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com

ergoVitale
Auf Kurs in Ihren gesunden Un-Ruhestand
Standort bestimmen
Potenziale nutzen
Gesundheit erhalten
Sicher wohnen
Martina Bruns
Tel: 030. 37 30 51 48
www.ergovitale.de

Neue Perspektiven
Ausbildung zum/zur Lernberater/in für Praktische Pädagogik und Evolutionspädagogik
Erstmals in Berlin ab 27. August ´09
www.lernberatung-pp.de
www.institut-pp.com
Fon 07557/82 04 80

Supervision
Gruppen Teams Einzelpersonen
Wolfgang Witte
Supervisor (DGSv/SG) Pädagoge M.A.
Fon: 030 - 3241461
Email: wolfgang.witte@berlin.de
Web: www.wolfgang-witte.com

IHRE ANZEIGE in der blz
Tel: 030 - 21 99 93 46
Fax: 030 - 21 99 93 49

INSTITUT FÜR MUSIKTHERAPIE
WALDHÜTERPFAD 38 • 14169 BERLIN
Musiktherapie in der Schul-, Nachschulischen und Freizeitbetreuung und in der Musikpädagogik.
www.musiktherapieberlin.de
INFO-TEL.: 030 - 813-50-80

Was tun bei Arthrose?
Was kann man bei Arthrose tun? Wo kann man sich informieren? Auf diese häufigen Fragen will die Deutsche Arthrose-Hilfe e.V. fundierte Antworten geben. In ihrer Informationszeitschrift „Arthrose-Info", die vierteljährlich erscheint, werden praktische Tipps und Empfehlungen zu allen Fragen der Arthrose gegeben. In leicht verständlichen und interessanten Darstellungen wie „Was ist Arthrose?" oder „Praktische Tipps bei Arthrose der Knie, der Hände, der Schulter, der Hüften … usw." werden gleichzeitig die Grundsätze dieser Gelenkveränderungen anschaulich erläutert. Ein Musterheft des „Arthrose-Info" kann kostenlos angefordert werden bei: Deutsche Arthrose-Hilfe e.V., Postfach 110551, 60040 Frankfurt/M. (bitte eine 0,55-€-Briefmarke als Rückporto beifügen).

bringt nicht viel; aber es kann gut eine Diskussion anregen, ist also wichtig, insbesondere für Religion, Philosophie, Ethik (ab 15).

Die **Berliner Compagnie** zeigt in Berlin und auf Gastspielen *Das blaue Wunder. Ein Theaterstück über die aufhaltsame Privatisierung des Wassers*. Das ist zunächst eine groteske Gaunerkomödie mit personifizierten global players, die investieren und vor allem kassieren wollen; für die Verständlichkeit etwas störend die international (französisch, englisch, amerikanisch) überlagerten Sprachmasken und die vielen zum Teil genannten, zum Teil »mitspielenden« Politiker von gestern und manchmal auch heute. Dazu kommen gekonnt servierte, umgetextete Songs mit Kernaussagen und schließlich bewegend-theatrale Volks- und Aufstandszenen aus Bolivien (Cochabamba), wo die ärmere Bevölkerung im Jahr 2000 gegen die Privatisierung aufstand. Ein ausführliches Begleitheft mit vielen Informationen unterfüttert die Problematik (wohlgemerkt von Privatisierungen – nicht des Wassermangels in der Welt insgesamt! – ab Sek I; wichtig insbesondere für PW und Bürgerinitiativen).

Hans-Wolfgang Nickel

AKTIVITÄTEN

Ausstellung über das Anderssein

Das Labyrinth Kindermuseum hat Ende Mai seine neue Ausstellung eröffnet. Unter dem Titel »Alle anders anders. Vom Reichtum des Andersseins!« soll die interaktive Ausstellung für Kinder von 4 bis 11 Jahre die Offenheit gegenüber Menschen fördern, die anders sind, anders leben oder einer anderen Generation angehören. Das Projekt »*Alle anders anders*« will zum Abbau von Vorurteilen beitragen, indem Kinder darin unterstützt werden, den Reichtum das Andersseins zu entdecken, positiv, respektvoll und neugierig mit Anderen und dem Anderssein umzugehen. An zahlreichen interaktiven Erlebnisstationen können sie sich spielerisch mit Gehörlosigkeit, Sehbehinderung, Generationenunterschieden beschäftigen und viele – alltägliche wie überraschende – Facetten des Anderssein mit allen Sinnen entdecken und erspielen. Weitere Informationen unter www.alle-anders-anders.de oder Tel. 800 93 11-50. Labyrinth Kindermuseum, in der Fabrik Osloer Straße, Osloer Straße 12, 13359 Berlin. Die Ausstellung läuft bis Ende November 2009.

Ausstellung im Centrum Judaicum: Vergessene Rekorde

Aus Anlass der Leichtathletik-Weltmeisterschaft 2009 in Berlin ist vom 24. Juni bis 23. August im Centrum Judaicum in Berlin die Ausstellung »Vergessene Rekorde« über die jüdischen Ausnahme-Sportlerinnen Lilli Hennoch, Gretl Bergmann und Martha zu sehen. Hierbei wird zum einen an ihre sportlichen Erfolge erinnert, die heute weitgehend »vergessene Rekorde« sind. Zum anderen zeigen die Schicksale der drei Athletinnen exemplarisch die systematische Zerschlagung und Verfolgung jüdischen Lebens im Sport während des NS-Regimes. Öffnungszeiten der Ausstellungen und der Kuppel: Sonntag bis Freitag täglich von 10 Uhr bis 30 Minuten vor Schließung: So, Mo bis 20 Uhr; Di-Do bis 18 Uhr, Fr bis 17 Uhr (April bis September). Centrum Judaicum, Oranienburger Straße 28/30, 10117 Berlin-Mitte.

Das Schwule Museum wird lesbischer

Mit der Ausstellung »Frauenbiografien und Berliner Lesbenszene« weitet das Schwule Museum seine Dauerausstellung auf die lesbische Bewegung aus. Neben der Präsentation von vier Biografien lesbischer Protagonisten werden Exponate aus den Aktivitäten der letzten Jahre gezeigt. Das Museum ist täglich geöffnet außer dienstags von 14 bis 18 Uhr und samstags von 14 bis 19 Uhr. Weitere Informationen unter www.SchwulesMuseum.de. Schwules Museum, Mehrigdamm 61, 10961 Berlin.

Namibia – Studien- und Begegnungsreise

Der Kollege Bernd Heyl führt vom 12. bis 25. Oktober 2009 Studien- und Begegnungsreise nach Namibia durch. In Namibia hat die kurze deutsche Kolonialzeit bis heute deutliche Spuren hinterlassen. Das Land ist gekennzeichnet von einer extrem ungleichen Verteilung des Reichtums und vom Fortbestehen der Narben der Apartheid. Namibia ist ein Land im Aufbruch und gleichzeitig voller Widersprüche. Die Geschichte, eine positive wirtschaftliche Entwicklung, das Zusammenleben unterschiedlichster Völker, die gigantische Schönheit, Stille und Weite der Landschaft sowie eine beeindruckende Tierwelt versprechen vielfältige Kontakte, Gespräche und Eindrücke. Das konkrete Programm sowie die genauen Reisedaten finden Interessierte unter www.lea-bildung.de

Ausstellung: Berliner Arbeiterwiderstand 1942–1945

Vom 18. Juni bis 23. Juli 2009 findet in der »Kommode« der Humboldt-Universität am Bebelplatz die Ausstellung mit dem Untertitel »Weg mit Hitler! Schluss mit dem Krieg – Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Organisation« statt. Die Ausstellung wurde unter dem Dach der Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes erarbeitet von drei Töchtern von Widerstandskämpfern gegen das NS-Regime. Öffnungszeiten: Montag bis Freitag von 10 bis 19 Uhr, Samstag 10 bis 14 Uhr. Sonntag geschlos-

ANZEIGE

Für alle Fälle

Darf mein Schulleiter unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Wann bekomme ich Sonderurlaub? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement des Berliner Recht für Schule und Lehrer hilft dabei.

Papierfassung: 57 Euro* · CD-Rom: 47 Euro*

*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr
Bei Zusendung zusätzlich 8 Euro Versandkosten

GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21-99-93-62

sen. Zur Ausstellung erscheint ein Katalog. Außerdem gibt es eine Reihe von Begleitveranstaltungen. Infos unter www.berlin.vvn-bda.org

BERLIN-WARSCHAU – ein TUSCH-Theaterprojekt in den Ferien
Unter dem Titel »Die ideale Stadt« entwickeln 12 Jugendliche aus Berlin mit 12 Jugendlichen aus Warschau ein gemeinsames TUSCH-Projekt, das in beiden Städten entstehen und aufgeführt werden soll. Mitmachen können Schülerinnen und Schüler zwischen 17 und 20 Jahren, die viel Theaterlust haben, engagiert und neugierig sind und sich auf ein sehr besonderes Projekt einlassen wollen. Anmeldungen ab sofort! Das Treffen der Berliner Gruppe findet zwischen Mai und Juni an zwei Wochenenden (genauer Termin noch offen) statt. Ab September werden die Probentermine nach Vereinbarung durchgeführt. Weitere Infos: Renate Breitig, renate.breitig@tusch-berlin.de, mobil 0170 86 74 135 und http://www.tusch-berlin.de

Unterstützung für Schulen bei Musik- und Tanzprojekten
Die Musikprojekte des Vereins »WeTeK/Werkstatt – Neue Technologien und Kultur« bieten für Berliner Schulen Unterstützung bei Projektwochen, im Musikunterricht oder bei schuleigenen Veranstaltungen: Sie organisieren Musik- und Instrumentenworkshops, führen in Tonstudio- und Veranstaltungstechnik ein, arbeiten mit Schülerinnen und Schülern an Hörspielen und Filmsynchronisation und unterstützen mit Beschallungstechnik bei Veranstaltungen. Das Hip Hop Mobil bietet Workshops rund um die Themen der Hip Hop Kultur, Rap, Breakdance und DJing. Ab der 6. Klassenstufe können Schülerinnen und Schüler tanzen, texten, rappen und auch Songs aufnehmen. Das Rockmobil führt SchülerInnen auch ohne jede Vorerfahrung an Instrumente heran, unterstützt das Zusammenspiel in einer Band oder Musik AG und hilft bei der Planung und technischen Umsetzung von Veranstaltungen und Konzerten. Das Projekt »MusikFabrik 2.0« organisiert praxisnahe und berufsorientierende Workshops für musik- und technikinteressierte Jugendliche und unterstützt Schulen bei der Organisation und Dokumentation von Musikveranstaltungen. Und das Feedback-Tonstudio steht Schulen zur Verfügung, die mit ihren Musik-AG's, Orchestern oder anderen musikbezogenen Projekten Aufnahmen machen möchten. Weitere Infos und Kontakt: www.wetek.de

MATERIALIEN

Leitfaden für die Innenraumhygiene in Schulgebäuden
Das Bundesumweltamt hat einen neuen »Leitfaden für die Innenraumhygiene in Schulgebäuden« herausgegeben, in dem die aktuellen Erfordernisse an die Innenraumhygiene in Schulen in sehr ausführlicher und übersichtlicher Form dargestellt werden. Auf 140 Seiten gibt es Tipps und Hilfen gegen Feinstaub, Kohlendioxid, andere chemische Stoffe und akustische Probleme an den Schulen. Außerdem Hinweise zur Reinigung und zur Renovierung von Schulgebäuden. Interessierte Kolleginnen können sich diesen Leitfaden (142 Seiten) herunterladen (www.umweltbundesamt.de Suchwort »Schulgebäude) oder kostenlos bestellen: uba@broschuerenversand.de. Die Broschüre ist auch in der Berliner Zweigstelle des UBA beim Sachgebiet Umweltinformation erhältlich: Bismarckplatz 1; 14193 Berlin.

»Homophobie in der Einwanderungsgesellschaft«
Die Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS) hat die Broschüre »Homophobie in der Einwanderungsgesellschaft« herausgebracht, die die Beiträge der Tagung »Gemeinsam für Anerkennung und Respekt« in der Werkstatt der Kulturen im November 2008 dokumentiert. Dort wurde diskutiert, wie die Ausgrenzung von Lesben und Schwulen mit und ohne Migrationshintergrund verhindert werden kann. In den Vorträgen und Workshops wurde deutlich, dass zielgruppenspezifische Maßnahmen mit kulturspezifischen Ansätzen nötig sind, damit es nicht zur Stigmatisierung einzelner Gruppen kommt. Alle Beiträge dienen dazu, verschiedene Ansätze zur

DER RENTENBLICKER

Jugendinitiative der Deutschen Rentenversicherung

Um schon junge Menschen mit den Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung vertraut zu machen und ihnen zu verdeutlichen, warum sie schon früh an ihre Altersvorsorge denken sollten, hat die Deutsche Rentenversicherung vor zwei Jahren ihre Jugendinitiative »Rentenblicker« gestartet. »Wenn ich einmal alt bin, bekomme ich sowieso keine Rente mehr«, so lautet es häufig bei den Jugendlichen, wenn es um ihre spätere Altersvorsorge geht. Hier soll die Jugendinitiative zu einem Umdenken beitragen.

Trotz ständig steigender Lebenserwartung und Rückgang der Geburtenrate, die den Generationenvertrag beeinflussen, gilt es, im Rahmen der Kampagne den Jugendlichen das System der drei Säulen der Alterssicherung, der gesetzlichen Rentenversicherung als tragender Säule, sowie der betrieblichen und privaten Vorsorge nahe zu bringen.

Verständlich, ausgewogen und ohne kommerzielle Interessen, also völlig neutral, können sich Schüler, Studenten und Berufsstarter darüber informieren, wie das Rentensystem funktioniert. Da für die heutige Jugend das Internet, allenfalls vergleichbar mit dem Schulhof oder dem Klassenzimmer, im Mittelpunkt der Informationsmöglichkeiten steht, wurde für die Kampagne die Internetseite www.rentenblicker.de eingerichtet, die einen umfangreichen Mix aus Information, Service und Aktion bietet. Weil junge Leute nur selten zur Rentenversicherung kommen, geht die Rentenversicherung mit der Initiative »Rentenblicker« dahin, wo die jungen Leute am ehesten zu treffen sind, in die Schulen. LehrerInnen können Unterrichtsmaterial kostenlos über das Internet bestellen.

Ein besonderer Service ist das Angebot, für zwei oder mehr Unterrichtsstunden mit eigens dafür geschulten Referenten in die Schulen zu kommen, um im Dialog mit den SchülerInnen die gesetzliche Rentenversicherung als den neutralen und kompetenten Ansprechpartner für alle Fragen nicht nur zur gesetzlichen Rentenversicherung, sondern auch zur weitergehenden Altersvorsorge zu vermitteln. Eine extra dafür erstellte Präsentation mit Arbeitsblättern und Spielen vereinfacht das Verstehen dafür, dass zwar die gesetzliche Rente auch zukünftig die Basis der Altersvorsorge – mit positiver Rendite – sein wird, eine frühzeitige zusätzliche Vorsorge aber unabdingbar ist, soll der gewohnte Lebensstandard nach dem Ende des Berufslebens aufrecherhalten werden.

Terminvereinbarung und Infoanforderung über: Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg, Standort Berlin, Knobelsdorffstraße 92, 14059 Berlin, Tel. 030/30021041 oder karlheinz.klocke@drv-berlin-brandenburg.de

Prävention gegen Homosexuellenfeindlichkeit zu verstehen, um in einem sensiblen Prozess Homophobie in der Einwanderungsgesellschaft abzubauen. Die Broschüre wird kostenlos abgegeben und kann wie folgt bestellt werden: broschuerenstelle@senias.berlin.de oder Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Broschürenstelle, Oranienstraße 106 in 10969 Berlin. Sie kann außerdem im Internet unter www.berlin.de/LADS heruntergeladen werden.

Broschüre des Sozialverbands Deutschland zur inklusiven Bildung

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) hat Anfang April das Positionspapier »UN-Behindertenkonvention umsetzen – Inklusive Bildung verwirklichen« veröffentlicht. Der SoVD schlägt hier konkrete Schritte zu einer Schule vor, in der Kinder mit und ohne Behinderungen gemeinsam lernen können, und möchte damit eine breite öffentliche Diskussion befördern. Die Broschüre gibt es als Download unter www.sovd.de/fileadmin/downloads/broschueren/pdf/un-behindertenrechtskonvention_umsetzen.pdf oder kann kostenfrei gegen Porto hier bestellt werden: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Versand, Stralauer Str. 63, 10179 Berlin. Der Bestellung bitte unbedingt einen mit 85 Cent frankierten und mit der eigenen Postanschrift versehenen DIN A4 Briefumschlag beilegen.

Rente: Da steckt noch mehr drin!

Was kann ich erwarten, wenn ich in Rente gehe? Wie kläre ich mein Rentenkonto? Welche Rentenregelungen sind für mich relevant? Was muss ich über das Steuerrecht wissen? Was, wenn die Rente nicht reicht? Im »GEW-Ratgeber Rente – Die gesetzliche Rentenversicherung und weitere Informationen rund um das Thema Rente« finden sich darauf die Antworten. Die Broschüre kann zum Preis von 3,50 Euro inklusive Versand bestellt werden: E-Mail broschueren@gew.de , ist aber auch kostenlos erhältlich im GEW-Haus in der Ahornstraße 5.

Ausbildungsreport 2009 erschienen

Der Ausbildungsreport Berlin-Brandenburg 2008 der DGB ist erschienen. Der Report ist eine gute Dokumentation mit Materialien für den Unterricht insbesondere für duale Klassen im ersten Ausbildungsjahr. Exemplare sind erhältlich über die DGB-Jugend Berlin-Brandenburg, Keithstraße 1-2, 10787 Berlin. Weitere Informationen im Internet unter www.dgb-jugend.de .

ANZEIGE

Die Klassenfahrtseite
jede Woche neue Angebote
www.schulfahrt.de
Tel. 0 35 04/64 33-0

GRENZENLOS REISEN
Busse für jede Gelegenheit
Stadtrundfahrten
Gruppenreisen
Klassenfahrten
Firmenservice
Transfers

Grenzenlos Reisen
Straße 22 Nr. 2-10, 13509 Berlin
Fon: 0 30-43 00 48 0
Fax: 0 30-43 00 48 79

INTERNET

www.regierenkapieren.de ist eine Internetseite der Bundesregierung für 10 bis 14-Jährige. Fragen zu Politik und Zeitgeschehen sind dort zielgruppenspezifisch aufbereitet, inklusive Informationen über das handelnde Personal, Angela Merkel persönlich macht dort zum Beispiel eine Führung durch das Kanzleramt.

www.zeugendershoah.de Mit dem Projekt »Zeugen der Shoah. Das Visual History Archive in der schulischen Bildung« macht die FU Berlin das lebensgeschichtliche Video-Archiv mit Überlebenden und Zeugen des Holocaust für SchülerInnen zugänglich. Mit der Unterstützung der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin verwirklicht das Center für Digitale Systeme (CeDiS) der Freien Universität nun die Erweiterung des "Visual History Archive" speziell für die schulische Bildung. Neben der Bereitstellung der bisher ausschließlich englischsprachigen Plattform des digitalen Archivs auf Deutsch ist die bereits erfolgte Einrichtung eines Computerraumes für SchülerInnen ein wesentlicher Bestandteil des Projekts.

www.ruhr-uni-bochum.de/borakel führt zum kostenlosen Online-Test für Studium und Beruf der Ruhr-Universität. Rund 125.000 Studieninteressierte haben seit April 2006 diesen Test genutzt, der von der Stiftung Warentest mit dem Prädikat »sehr gut« ausgezeichnet wurde.

www.textkritik.de/digitalia führt zum »Heidelberger Appell«, der sich gegen das Google-Projekt der Digitalisierung von Büchern richtet und für Publikationsfreiheit und die Wahrung der Urheberrechte eintritt.

SENIOREN

9. Juni: Besuch der Gedenkstätte »Stille Helden«. Treffpunkt um 10 Uhr, Rosenthaler Straße 39 in Mitte.

7. Juli: Führung durch das Rundfunkhaus des RBB. Treffpunkt um 11 Uhr Masurenallee 8-14.

VERSCHIEDENES

Energiewende mit Hilfe der Schulen

Das Projekt »Energy Education Governance Schools« (EGS) will europaweit Schulen dafür gewinnen und dazu befähigen, die Energiewende mit zu gestalten. »In einem ersten Schritt rufen wir alle Schulen dazu auf, unser Manifest zu unterzeichnen«, sagt der Projektmanager Marco Devetta. »Dieses Manifest ist eine Selbstverpflichtung, die Energieeffizienz in der Schule und in der Kommune zu erhöhen. Schulen, die das Manifest unterzeichnen, werden in das europäische Netzwerk integriert, in dem wir Informationen, Erfahrungen und gute Praxisbeispiele austauschen sowie neue Bildungsbausteine entwickeln werden.« Das Manifest kann von der Website www.egs-project.eu heruntergeladen werden. Die Website wird in den kommenden Monaten weiter ausgebaut. 23 Partner aus 10 EU-Ländern haben sich im Projekt EGS zusammengeschlossen. Ansprechpartner im deutschsprachigen Raum sind ZIEL 21 – Zentrum für Innovative Energien im Landkreis Fürstenfeldbruck (www.ziel21.de), MERIG – Multidisziplinäres Institut für Europa-Forschung Graz (www.merig.org), das Versuchsreferat Steiermark (www.versuchsreferat.com) und das Umweltbüro Nord e.V. Stralsund (www.umweltschulen.de).

GEW BERLIN sucht Auszubildende/n

Die Geschäftsstelle der GEW BERLIN ist seit vielen Jahren Ausbildungsbetrieb für den Beruf »Kauffrau/mann für Bürokommunikation«. Zum nächsten Ausbildungsjahr suchen wir wieder einen jungen Menschen mit einem guten mittleren Schulabschluss, der kontaktfreudig ist und Spaß an sehr vielseitigen Ausbildungsanforderungen hat. Wer eine Schülerin/einen Schüler in einer 10 Klasse (oder höher) unterrichtet, die/der den Beruf Kauffrau/mann für Bürokommunikation erlernen möchte und weitere Informationen wünscht, kann sich direkt an Sabine Kube (030/21 99 93-24) oder Udo Jeschal (030/21 99 93-23) wenden (ansonsten: sprecht Eure SchülerInnen gezielt auf diese Bewerbungsmöglichkeit an!)

Masterstudiengang Schulentwicklung und Qualitätssicherung

Der berufsbegleitende Masterstudiengang »Schulentwicklung und Qualitätssicherung« wird auch im kommenden Wintersemester an der Freien Universität Berlin angeboten. Das Studienangebot richtet sich an Lehrkräfte, Schulleiter, Vertreter der Schulaufsicht, Seminarleiter und Mitglieder von Steuergruppen an Schulen. Der Studiengang verknüpft die konzentrierte Vermittlung von Wissen aus den Bereichen Schulmanagement und Unterrichtsentwicklung mit Praxiserkundungen in Betrieben und Schulen sowie schulpraktischen Seminaren. Die Studiengebühren betragen 950 Euro pro Semester. Bewerbungsschluss: 31. Juli 2009.

KLASSEnREISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 209,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 359,-
Oder Österreich ... Holland	

Städtereisen Berlin, Prag, Rom, London ....

KLASSE REISEN GmbH
Württembergallee 2 · 14052 Berlin
Tel. (030) 303083-6 · Fax (030) 303083-77
www.klasse-reisen.com

Katalog unter: 030-303083-6

BUTTON MASCHINEN

GRAPH DRUCKULA
VERLEIH
VERKAUF
PRODUKTION

Ideal für Schulfeste, Kinder und Jugendarbeit, Basare und Vereinsfeste!

Maschinen leicht zu bedienen. Buttons selbst entwerfen.
Kreativitätsförderung mit Riesenspaß! Günstig.
Buttonmaschine ausleihen und los gehts.
Lassen Sie sich Ihre Maschine rechtzeitig reservieren!

www.graph-druckula.de
info@graph-druckula.de

Graph Druckula GmbH
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin Kreuzberg
Fon (030) 694 016 20
Fax (030) 694 016 25

MODERNE KOMFORT FERNREISEBUSSE

von 8 – 74 Sitzplätzen mit Aircondition, Video, Küche, WC, Tel., Skikorb, Fahrradanhänger
Ihr Partner mit über 20 Jahren Erfahrung, erfahrenes und geschultes Fahrpersonal mit zertifiziertem Sicherheitstraining.

PRIMA KLIMA REISEN
www.primaklima.de
Tel. 030-68 40 98-40 · Fax -20 · pkr-bus@bln.de

Locke-Service-Büro

Ostgalizien Radwanderung	ab 850 EUR
Korsika GR20 Wanderung	ab 890 EUR
Madeira Wandern 10 Tage	ab 1360 EUR
Gomera Wandern & Relaxen	ab 1709 EUR

Flüge und Fähren – weltweit und preiswert!

LockeToursBerlin
Bundesallee 115 Tel. (0 30) 8 52 30 30
12161 Berlin e-Mail: locketours@t-online.de

NATURERLEBNISPÄDAGOGIK
Veranstaltungen, Seminare, Fortbildungen
www.natur-erlebnispaedagogik.de
Tel. 030-39 82 92 42

HOF LUST

Klassenfahrt und Gruppenfahrten auf dem Reiterhof / Bauernhof

- ☑ Große Spielwiese mit Lagerfeuerplatz
- ☑ Fußball, Basketball und Tischtennis
- ☑ Billard
- ☑ Scheune zum Toben (Heuübernachtung)
- ☑ Reiterhalle, Ausritte
- ☑ Sauna
- ☑ Nachtwanderung
- ☑ Viele andere Tiere
- ☑ Nur eine Klasse zur Zeit, ab 20 bis 34 Schüler
- ☑ Anzeigen der Menschenrechte
- ☑ Preise: Mo. - Fr. 148 € inkl. VP, Reitunterricht, Ausritt
- ☑ Auch als Selbstversorgerhaus möglich.

Lehrer/Gruppenleiter können gerne vorab eine DVD anfordern

Hof Lust • 29553 Bienenbüttel • Tel 058 23 73 67 • www.hoflust.de

Klassenfahrten maßgeschneidert

www.cts-reisen.de

CTS Gruppen- und Studienreisen GmbH

Herforder Straße 75 | 32657 Lemgo | Tel. 05261 2506-0 | www.cts-reisen.de

Tel. (030) 30 30 83 - 0

BUSART-TOURS GmbH

Das bestgelaunte Bus- und Reiseteam!

www.busart-tours.de
info@busart-tours.de

Württembergallee 2 | 14052 Berlin
Fax (030) 303083-55

Darlehen supergünstig *1) nominal 1,95% ab 2,34% effektiver Jahreszins

35-jährige Beratungskompetenz Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter

Vorortberatung wählbar alles kostenfrei ohne 2% Bearbeitungsgebühren Info: www.ak-finanz.de

DSB BANK

und Stuttgarter Vers. a.G. supergünstige Beamtendarlehen, z.B. B.a.L. 30 J. alt, 30 000,– € günstige 281,05 € mtl., 70 000,– € 654,22 € mtl., inkl. LV, Lfz. 14 J., *5,99% effektiver Jahreszins. Lfz. 12 J., ab *5,75% *effektiver Jahreszins auch an Angestellte ab 5 Jahre i.ö.D. *1) Extradarlehen nominal 1,95% ab 2,34% eff. Jahreszins ab Zuteilung Bausparvertrag. Supergünstige Hypotheken ohne Eigenkapital, hohes Sondertilgungsrecht. Beleihung bis 120%.

www.ak-finanz.de

AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen
Telefax: (06 21) 51 94 88, E-Mail: beamtendarlehen@ak-finanz.de

Gebührenfrei Tel. 0800/1000 500

KLINIK NIKOLASSEE

www.klinik-nikolassee.de

Akutklinik für Innere Medizin und Psychosomatik

Wenn Ihre Seele krank wird ...

- Herzbeschwerden, hoher Blutdruck
- Alkohol- und Tablettenprobleme
- Depressionen, Selbstmordgedanken
- posttraumatische Belastungsstörung
- Angstgefühle, Schlaflosigkeit
- berufliche u. soziale Rückzugstendenzen

24-Stunden-Akutaufnahme!
Mit und ohne Chefarzt-Wahlleistungen, kein Einzelzimmer-Zuschlag.

☎ 030 / 803 09 10
Von-Luck-Str. 3 · 14129 Berlin

15. JUNI	17.00 Uhr	**FG Sozpäd. Aus-, Fort-, Weiterbildung**	Raum 34
	18.00 Uhr	**FG Sonderpädagogik/ Kita AG**	Raum 31
16. JUNI	16.00 Uhr	**AG Gesundheitsschutz**	Raum 34
	18.30 Uhr	**AG Bildungspolitik**	Raum 34
	19.00 Uhr	**LA Multikulturelle Angelegenheiten**	Raum 33
18. JUNI	17.30 Uhr	**LA Frauenpolitik**	Raum 34
	18.30 Uhr	**Abteilung Wissenschaft**	Raum 33
23. JUNI	19.00 Uhr	**AG Schwule Lehrer**	Raum 47
24. JUNI	10.00 Uhr	**Seniorenausschuss**	Raum 33
25. JUNI	15.00 Uhr	**Junge Alte**	Raum 34
	16.00 Uhr	**AG Jugendliteratur**	Raum 47
	18.00 Uhr	**FG Schulsozialarbeit /Kita AG**	Raum 31
	19.00 Uhr	**AG Ambulante Hilfen**	Raum 34
29. JUNI	15.00 Uhr	**AG Bildungsfinanzierung**	Raum 34

BILD DES MONATS

PLAKAT: GRAPH DRUCKULA

LANGER VORMITTAG DES PREKARIATS

Die AG Lehrbeauftragte der GEW BERLIN lädt ein: Exzellente Wissenschaft zu prekären Arbeitsbedingungen? Lehrbeauftragte – Teil des Prekariats in Hochschulen und in Berlin
Samstag, 13. Juni 2009 von 10 bis 14 Uhr
im DGB-Haus, Keithstr. 1-3, 10787 Berlin, Raum 40.
Die Berliner Hochschulen und Forschungseinrichtungen präsentieren sich gern exzellent – auch bei der Langen Nacht der Wissenschaften am 13. Juni. Verschwiegen wird dabei, in welch prekären Arbeitsbedingungen viele Lehrende und wissenschaftliche MitarbeiterInnen tätig sein müssen. Das wollen wir ändern. Wir laden Lehrbeauftragte und andere interessierte Kolleginnen und Kollegen aus den Hochschulen ein zu einem Langen Vormittag des Prekariats.

DEMOKRATISCHE LEITUNGSKULTUR IN DER BERLINER SCHULE

Fachtagung der Vereinigung Berliner Schulleiterinnen und Schulleiter in der GEW
Mittwoch, 17. Juni 2009 von 8.30 bis 16 Uhr
in der Robert-Jungk-Oberschule, Sächsische Straße 58,10707 Berlin (Charlottenburg-Wilmersdorf). Das Programm, die Themen der elf Arbeitsgruppen sowie die Teilnahmebedingungen und ein Anmeldeformular stehen auf der Internetseite der GEW BERLIN.

SEKUNDARSCHULE – EINE ATTRAKTIVE SCHULE FÜR ALLE?

Veranstaltung der GEW BERLIN zur geplanten Schulstrukturreform. Schulsenator Jürgen Zöllner stellt sich den Fragen der KollegInnen.
30. Juni 2009 um 18 Uhr
im OSZ Handel, Wrangelstraße 98 in Kreuzberg.

DAS ANDERE DER BILDUNG

Veranstaltung des Kreuzberger Bildungsforums
in der Lenauschule, Nostitzstr.60, 10961 Berlin
Dienstag, 23. Juni um 19 Uhr

DAS ERSTE JAHR GEMEINSCHAFTSSCHULE

Gemeinschaftsschulen berichten über ihre bisherigen Erfahrungen
Mittwoch, 8. Juli 2009 von 17 bis 20.30 Uhr
im GEW-Haus. Wir erwarten eine spannende Diskussion, die vielleicht noch mehr Schulen anregt, sich für die Pilotphase zu bewerben.